

Berichte



2009

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

In eigener Sache

- 2 Ab in die Mitte! Difu bezieht ab 2010 neuen Standort im Herzen Berlins

Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen

- 4 Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt
- 6 Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München
- 7 Nachhaltiges Flächenmanagement: In der Praxis erfolgreich kommunizieren
- 8 PPP – (K)ein Modell für die Krise?
- 9 Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil
- 10 Kommunale Bildungspolitik: Neue Ausgabe der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften
- 11 Fahrräder als neue Verkehrsträger im ÖPNV
- 12 Kinder schützen – Familien stützen! Kinderschutz ohne ein (neues) Kinderschutzgesetz
- 13 Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen verstärkt: Umfrageergebnisse
- 14 Warum versteht uns keiner? Das Jugendamt im Spiegel der Medien

Neue Projekte

- 15 ACTIVE ACCESS: Europäische Städte setzen auf aktive Mobilität

Internationale Planungshilfen für den Radverkehr

Veranstaltungen und Fortbildung

- 16 Difu-Fortbildungsprogramm 2010: Neue Themen, neuer Ort
- 17 Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Difu-aktiv

Difu-intern

- 21 Neues im Difu-Internet und -Extranet

Mediennachlese

Impressum

Bestellschein

Ab in die Mitte!

Deutsches Institut für Urbanistik bezieht ab Januar 2010 neuen Standort im Herzen Berlins



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Ernst-Reuter-Haus ade

Leicht fiel die Entscheidung nicht, nachdem das Institut fast 36 Jahre im traditionellen Ernst-Reuter-Haus in Berlin-Charlottenburg seinen Sitz hatte. Auch wird die langjährige, erfolgreiche Kooperation zwischen dem Difu und der im Ernst-Reuter-Haus untergebrachten Senatsbibliothek Berlin sich durch die räumliche Distanz aufwändiger, aber nicht unmöglich gestalten. Durch den Verkauf des Hauses und die ab Januar 2010 stark erhöhten Mietforderungen war jedoch ein Umzug unerlässlich, da das Difu-Budget der Forschung und Beratung der Kommunen zugute kommen und nicht zu einem größeren Anteil als bisher in Mietzahlungen fließen soll.

Schwierige Standortsuche

Obwohl in Berlin viele Büroimmobilien zur Verfügung stehen, gestaltete sich die Standortsuche nicht leicht. Schließlich galt es, neben der einfachen Büronutzung noch andere Kriterien zu erfüllen: Für die Fortbildungsaktivitäten (das Programm 2010 finden Sie übrigens auf S. 16) mussten adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, möglichst urban sollte der Standort sein, um erreichbar für Besucher zu bleiben, und natürlich musste auch der Mietpreis für ein Institut, das gemeinnützig ist, bezahlbar bleiben.

Neuer Difu-Standort:

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin

Außenansicht des neuen
Difu-Standortes:
Der erste Stock ist künftig
„Fortbildungsetage“



Foto: Doris Reichel

Checkpoint Difu

Die fast einjährige Suche hat sich jedoch gelohnt! Auch der neue Standort ist ein traditionsreicher Ort. Genau zwischen den Stadtteilen Kreuzberg und Mitte, also auf der damaligen Grenze zwischen Ost- und West-Berlin gelegen, in direkter Nachbarschaft zum legendären ehemaligen Grenzübergang Checkpoint-Charlie. Fortbildungsteilnehmer können daher künftig in der Mittagspause einen Bummel durch die angrenzende Friedrichstraße machen, ins Mauermuseum nebenan gehen oder auch einen Abstecher ins Jüdische Museum, zum Gendarmenmarkt, Potsdamer Platz oder auch nach Kreuzberg unternehmen. Selbst die Museumsinsel ist nur rund einen Kilometer entfernt.

Rundumversorgung

Durch die erfreuliche Kooperation mit dem neuen Vermieter und Eigentümer der Immobilie, der IDEAL-Versicherung, besteht die Möglichkeit, die moderne, angenehm gestaltete Cafeteria im schön begrünten Innenhof zu nutzen sowie auf deren professionelle Catering-Dienstleistungen zurückzugreifen. Auch Hotelkontingente wird man voraussichtlich künftig gemeinsam nutzen, was sich spürbar positiv auf die Übernachtungskosten der Seminarteilnehmer auswirken kann. In Zeiten knapper Dienstreisebudgets sicherlich ein weiterer erfreulicher Fakt.

Denkwürdiger Ort in der Vergangenheit...

Das neue Gebäude steht zwar nicht unter Denkmalschutz, hat aber eine bewegte Geschichte und viele interessante architektonische Details aufzuweisen. Außen am Gebäude fällt zunächst die große Glasfront auf, hinter der der ursprüngliche Zustand der Außenwand bewahrt wird: Hier sind noch die Einschusslöcher als mahnende Erinnerung an die Kriegszeit erhalten. In dem 1910 erbauten Gebäude findet man zudem innen und außen noch zahlreiche Ornamente. Künftig wird man das Difu nicht mehr – wie im riesigen Ernst-Reuter-Haus – unter vielen Mietern suchen müssen, denn das Institut belegt nahezu den gesamten Altbau am neuen Standort. In der Zimmerstraße 13-15 ist man also grundsätzlich beim Deutschen Institut für Urbanistik und findet sofort Veranstaltungsräume und die Difu-Mitarbeiter.

... spannender Ort heute: das Difu und James Bond

Auch die jüngere Geschichte machte das Gebäude bekannt: So wurde eine Szene des James Bond-Films Oktopussy in der Verbindungsbrücke zwischen dem Altbau, in dem das Difu untergebracht ist, und dem zurückgelagerten Neubau, in dem die IDEAL-Versicherung untergebracht ist, gedreht. Diese Verbindungsbrücke wird beispielsweise genutzt, um zu einigen der großen Veranstaltungsräume – die das Difu bei größeren Veranstaltungen zusätzlich anmieten wird – zu gelangen.

Perfekt in den ÖPNV eingebunden

Mit den Öffentlichen ist der neue Standort perfekt zu erreichen. Gut eine Minute benötigt man zu Fuß zum Difu, wenn man der U-Bahnstation Kochstraße oder dem Metrobus M 29 entsteigt. Und diverse weitere Möglichkeiten ergeben sich, wenn man bereit ist, 2-15 Minuten Fußweg auf sich zu nehmen (siehe Infokasten).

Herzlich Willkommen im neuen Difu!

In den letzten zwei Jahren hat sich das Deutsche Institut für Urbanistik bereits strukturell und personell verändert, zum Abschluss steht nun noch die räumliche Veränderung an. Die Difu-Mitarbeiter freuen sich auf den Wechsel, denn der neue urbane Standort passt perfekt zum neuen Zuschnitt des Instituts, den aktuellen Anforderungen und natürlich hervorragend zu einem Forschungsinstitut, das sich der Stadtforschung verschrieben hat!

Der Weg zum Difu

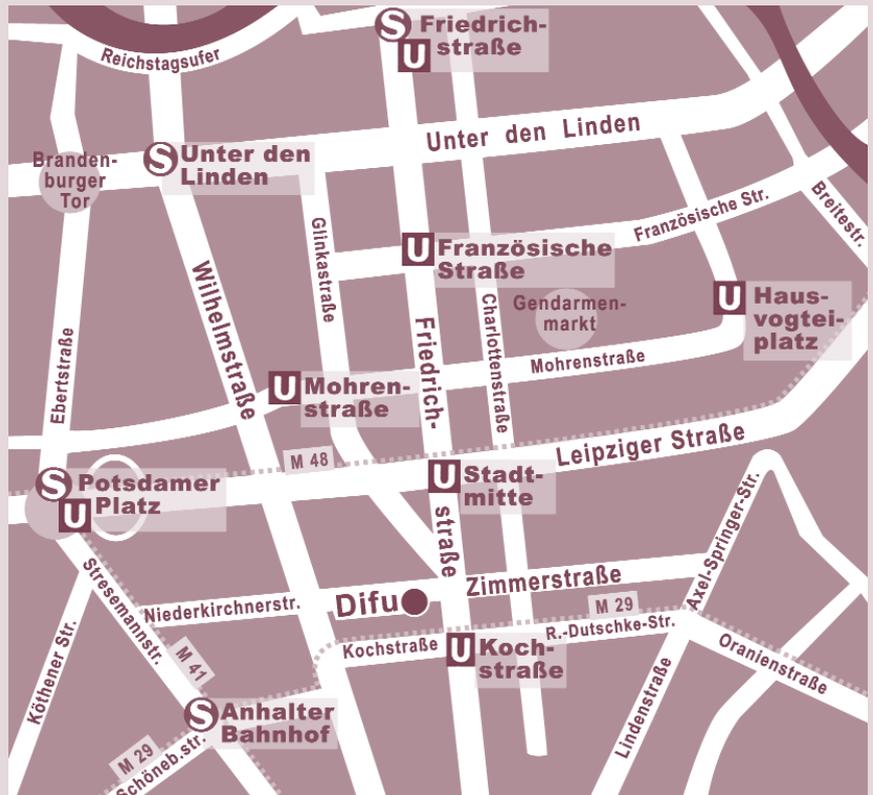
Den günstigsten Weg für die Anreise kann man sehr einfach über www.bvg.de erhalten, wenn man „Kochstr./Checkpoint Charlie“ oder „Stadtmitte“ als Haltestelle angibt. Vom Hauptbahnhof benötigt man mit dem ÖPNV 15 Minuten zum Difu, vom Flughafen Tegel eine halbe Stunde, vom Flughafen Schönefeld 45 Minuten. Das Institut liegt in einer Zone der Parkraumbewirtschaftung, daher empfiehlt sich die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Verkehrsverbindungen sind u.a.:

Busse: M29, M48, M41, M26, 248, 347, N6, N42

U-Bahn: Kochstraße, Stadtmitte, Potsdamer Platz

S-Bahn: Anhalter Bahnhof, Potsdamer Platz



links: Gebäuderückseite mit „James-Bond-Brücke“. rechts: Gleich um die Ecke befinden sich der „Checkpoint Charlie“ und das Mauermuseum.

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt



In den vergangenen Jahren ist eine lebhaftere öffentliche Diskussion über die Wiederkehr der Wohnfunktion in die Innenstädte in Gang gekommen. Vielerorts erfreut sich die Innenstadt zunehmender Beliebtheit als Wohnstandort. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und Anforderungen einer zunehmend älteren Bevölkerung an die Stadt als Wohnort, werden inzwischen auch zentrale Lagen als Wohnstandort für Nachfragegruppen diskutiert und entwickelt, die noch vor Kurzem aufgrund des fehlenden Angebots an den Stadtrand oder ins Umland abgewandert sind. Dies ist auch im Hinblick auf die steigenden Erschließungs- und Wohnfolgekosten eines peripheren Wohnstandorts wichtig. Auch wenn eine entsprechende Entwicklung bisher nicht flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik Deutschland beobachtet werden kann, ist die Bedeutung dieses Aspekts der Innenstadtentwicklung in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

In einer aktuellen Untersuchung mit dem Titel „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“ widmet sich das Deutsche Institut für Urbanistik erneut diesem Thema. Diese knüpft an die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Wohnen in der Innenstadt an, das das Difu in den Jahren 2004 und 2005 durchgeführt und unter dem Titel „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ veröffentlicht hat. Im Rahmen dieser Studie wurde das Thema anhand zweier Fallstudien untersucht: zum einen das innerstädtische Glockenbach- und Gärtnerplatzviertel in München, zum anderen der innenstadtnahe Stadtteil Schleußig in Leipzig. In beiden Städten wurde die Bevölkerung des Stadtteils schriftlich befragt und lokale Akteure und Experten aus Stadtverwaltung und -politik sowie der Wohnungswirtschaft interviewt.

Fallstudie in sieben Städten

Die zentrale These der Renaissance des Wohnens in der Innenstadt stand auch im Mittelpunkt der Folgeuntersuchung. Mit dieser sollte zunächst ein Beitrag zur Ausweitung der Datenbasis geleistet werden, indem anhand von sieben Fallstudienstädten unterschiedlicher Bevölkerungszahl und Flächenausdehnung, unterschiedlicher regionaler Lage und Bedeutung als Wirtschaftsstandort sowie unterschiedlicher Wirtschaftskraft und Arbeitsplatzentwicklung der Frage nach-

gegangen wurde, ob jeweils und in welcher Weise ein positiver Bedeutungswandel des Wohnens in der Innenstadt stattfindet. Die Fallstudienstädte waren Braunschweig, Dresden, Frankfurt am Main, Kassel, Köln, Schwäbisch Gmünd und Wetzlar.

Hierfür wurden zum einen Daten und Materialien der Städte zur Einwohner- und Haushaltsentwicklung, zum Arbeitsmarkt und der wirtschaftlichen Situation, zur Infrastrukturausstattung, zum Wohnungsmarkt und der Stadtentwicklung sowie zu Umweltbelastungen ausgewertet. Den anderen wesentlichen Baustein der Fallstudienuntersuchung bildeten Expertengespräche. In jeder Stadt wurden leitfadengestützte Experteninterviews mit Vertretern von Kommunalverwaltungen und Kommunalpolitik, Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften, Mieter- und Eigentümervereinen sowie mit Maklern, Bauträgern, Investoren und lokalen Akteuren, wie beispielsweise Vertretern von Bürgervereinen, geführt.

Wohnen in der Innenstadt als Vision unumstritten

Auch wenn es nicht durchgehend gelingt, die Ausgangsthese valide mit harten quantitativen Indikatoren zu belegen, so wurde im Zuge der Untersuchung doch klar erkennbar, dass es die Renaissance des Wohnens in der Innenstadt zumindest als Vision oder, besser gesagt, als positiv besetztes Leitbild für die Entwicklung der Innenstädte gibt. Denn die Vorteile des innerstädtischen Wohnens sind unumstritten, sie liegen in kurzen Wegen, sozialen Netzen und dichten Infrastrukturangeboten. Diese positive Einschätzung teilen uneingeschränkt sowohl Vertreter der Kommunalverwaltungen als auch der Immobilienwirtschaft sowie sonstige interviewte Akteure.

Wohnungspolitik ist eine kommunalpolitische Leitfunktion

Mit dem wachsenden Interesse für das Wohnen in der Innenstadt als funktional und symbolisch bedeutsamstem Bereich der Stadt sind auch eine Neuausrichtung kommunaler Wohnungspolitik und Auswirkungen auf Kernbereiche kommunalpolitischen Handelns zu beobachten, die bisher nicht mit dem Wohnen in Verbindung gebracht wurden. Neben die Sicherung sozialer und räumlicher Integration und Gleichheit durch

die soziale Wohnraumversorgung treten im Zusammenhang mit der Sicherung kommunaler Handlungsautonomie zunehmend wirtschafts- und fiskalpolitische Überlegungen sowie Aspekte von Identitätspolitik und kulturellem Selbstverständnis, die auf kommunaler Ebene maßgeblich über städtebauliche und stadtentwicklungspolitische Prozesse gesteuert werden. Damit hat sich Wohnungspolitik von einem Teilaspekt der kommunalen Daseinsvorsorge zu einer zentralen kommunalpolitischen Leitaufgabe entwickelt.

Besondere Bedeutung von Familien

Mit dieser neuen Rolle des innerstädtischen Wohnens ist endgültig eine Abkehr von der räumlich-funktional differenzierten Stadt vollzogen worden. Das Wohnen wird inzwischen als wichtiges Element einer urbanen und damit attraktiven Innenstadt angesehen. In diesem Zusammenhang geraten auch Bevölkerungsgruppen in das Blickfeld kommunalen Handelns, die bislang nicht im Fokus der Wohnungspolitik standen. Insgesamt ist eine stärkere Zielgruppenorientierung und räumliche Fokussierung zu beobachten. Beispiele hierfür sind die Förderprogramme für generationenübergreifende Wohnprojekte in Köln, die Entwicklung eines innerstädtischen Konversionsprojekts überwiegend mit Baugemeinschaften in Braunschweig oder ein kommunales Wohnraumförderprogramm für das Bahnhofsviertel in Frankfurt am Main.

Von besonderer Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung der Innenstädte sind Familien. Sie haben maßgeblichen Einfluss auf die Einwohnerentwicklung und Altersstruktur einer Stadt, denn ihr Wegzug fällt wegen der Haushaltsgröße besonders ins Gewicht. Sie zählen häufig zu den aktiven (im Sinne von berufstätigen und bürgerschaftlich engagierten) Bevölkerungsgruppen. Und sie agieren als Bevölkerungsgruppe mit hoher Standortpersistenz sozial stabilisierend: Familien wollen ganz überwiegend im Quartier bleiben, wenn sie nach einer neuen Wohnung suchen. Städte müssen alles tun, um ihnen dies zu ermöglichen.

Handlungsbedarf beim Wohnungsangebot

Dass sich das wachsende Interesse am Wohnen in der Innenstadt erst sehr zögerlich in statistischen Werten niederschlägt, hängt entscheidend mit der Entwicklung des Wohnungsangebots in den Innenstädten zusammen, das vielerorts von einer einseitigen Angebotsstruktur und vor allem von einem Mangel an großen Wohnungen gekennzeichnet ist. Analog zu einer Differenzierung der Wohnwünsche und Anforderungen an



Foto: Wolf-Christian Strauss

das Wohnen, wie sie im Zuge des demographischen Wandels, aber auch durch den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft zu beobachten und für die Zukunft noch verstärkt zu erwarten ist, ist in den Städten eine Diversifizierung des Wohnungsangebots erforderlich. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch den neuen Wohnformen als Ergänzung zu den bestehenden Wohnungsmarktangeboten zu.

Neben den fehlenden Wohnungsangeboten gibt es eine Reihe von weiteren Hemmnissen und Konfliktpotenzialen, angesichts derer nicht von einer Entwicklung des Innenstadtwohnens als Selbstläufer auszugehen ist. Die in der Studie beschriebenen Entwicklungen deuten auf die Notwendigkeit einer Ausweitung der Wohnungspolitik in den meisten Städten hin: Die Entwicklung des Wohnens in der Innenstadt muss als strategische Querschnittsaufgabe gesehen werden, in die Aspekte der Stadtplanung, der Verkehrspolitik, der Identitätspolitik und natürlich auch weiterhin der kommunalen Sozialpolitik (als Kernaufgabe im klassischen Verständnis städtischer Wohnungspolitik) einfließen. Es hängt in vielen Bereichen davon ab, inwieweit Chancen, die sich aus Trends und Entwicklungen ergeben, durch stadtpolitische Weichenstellungen und Maßnahmen in diesen Politikfeldern seitens der Kommunen ergriffen werden.

Die neue Difu-Studie „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“ erscheint in Kürze in der Edition Difu.

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: jekel@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München

Ein Planspiel

In dicht besiedelten Stadtregionen, in denen sich die Verkehrsbewegungen stark auf ein Zentrum oder mehrere Zentren konzentrieren, sind die Verkehrsverflechtungen besonders intensiv und gleichzeitig in besonderem Maße mit unerwünschten Nebenwirkungen (z.B. Überlastungen der Verkehrswege, Lärm, Luftschadstoffe, Flächenverbrauch) verbunden. Als umfassendes Planungsinstrument ist die Verkehrsentwicklungsplanung ein geeignetes Mittel, diesen Herausforderungen konzeptionell zu begegnen. Sie erfordert eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten, die bisher aufgrund der intensiven und komplexen Prozessgestaltung auf interkommunaler Ebene eher selten ist.

Um sich dieser neuen Aufgabe zu stellen, einigten sich die Landeshauptstadt München und benachbarte Gemeinden darauf, einen kooperativen Planungsprozess im Rahmen eines unverbindlichen Planspiels zu erproben. Ziel war es, Planungs- und Abstimmungsprozesse im Rahmen einer interkommunalen Verkehrsentwicklungsplanung im Zusammenwirken mit einem neu entwickel-

ten regionalen Verkehrssimulationsmodell zu testen.

Im Rahmen des Planspiels wurde deutlich, dass die gemeinsame Erarbeitung von Zielen, Maßnahmen und Szenarien der Verkehrsentwicklungsplanung durch Kernstadt und Umlandgemeinden möglich ist. Es kam zu weniger Konflikten als erwartet, die erst im Detail auftraten und kaum grundsätzlicher Natur waren. Als förderlich für das Funktionieren der Kooperation hat sich die Gleichberechtigung unter den beteiligten Gemeinden erwiesen. Die im Planspiel praktizierte Verhandlung auf „gleicher Augenhöhe“ schaffte Vertrauen und förderte die Kommunikation.

Die Ergebnisse des von Michael Lehmbruck moderierten Planspiels basieren auf den Ausarbeitungen der Planspieler und den Diskussionen in den Planspiel-Workshops. Diese wurden zusammengefasst und analysiert, um Erkenntnisse über den Planungsprozess zu gewinnen und Schlüsse für die reale Planungspraxis ziehen zu können.



Planspiel Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung in der Region

difu

Deutsches Institut für Urbani-
smatik

Difu-
Impulse

Weitere Informationen:
Dipl.-Volksw. Tilman Bracher
Telefon: 030/39001-260
E-Mail: bracher@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Nachhaltiges Flächenmanagement

In der Praxis erfolgreich kommunizieren

„Mittendrin ist in!“, „Wo wollen Sie wohnen?“ und „Kleine Lücken – große Wirkung“: Dies sind nur einige der Slogans, mit denen aktuelle Ergebnisse des BMBF-Förderschwerpunkts „Forschung zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“ – kurz: REFINA – in der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Sie sollen neugierig machen, bestimmte Personengruppen direkt ansprechen und die öffentliche Aufmerksamkeit stärker auf einen nachhaltigen Umgang mit Boden und Fläche lenken.

Der Förderschwerpunkt REFINA

Seit 2006 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Förderschwerpunkts REFINA anwendungsorientierte Forschungsprojekte. Das Deutsche Institut für Urbanistik betreut hierbei die projektübergreifende Begleitung. In den Projekten sollen – gestützt auf vorhandene Forschungsergebnisse und unter Berücksichtigung unterschiedlicher regionaler Rahmenbedingungen – bis 2010 innovative Lösungswege und Strategien für eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement erarbeitet und in Form von Demonstrationsvorhaben vor Ort geprüft und umgesetzt werden.

Kommunikation des Themas Flächensparen – eine besondere Herausforderung

Die Bewusstmachung eines sparsamen Umgangs mit der Ressource Boden sowie Verständigungsprozesse für ein nachhaltiges Flächenmanagement sind zentrale Themen. Nahezu alle REFINA-Vorhaben befassen sich in der einen oder anderen Weise mit Fragen der Kommunikation. Kommunikationsgegenstand sind entweder Themen wie Nachhaltige Flächennutzung und Flächenmanagement, oder die jeweils entwickelten Instrumente, Methoden und Strategien sollen kommunikativ verbreitet werden. Entsprechend vielfältig sind die entwickelten und erprobten Modelle zur Kommunikation des Themas Fläche – vielfältig hinsichtlich der vermittelten Probleme, Themenaspekte und Lösungswege, vielfältig auch mit Blick auf die angesprochenen Zielgruppen. Augenscheinlich sind sich Experten, aber auch viele Akteure aus der beteiligten Praxis über den Handlungsbedarf rund um einen sparsamen Umgang mit Fläche und hinsichtlich

eines nachhaltigen Flächenmanagements einig. Und doch sind „Fläche“ und „sparsamer Umgang mit Fläche“ keine Themen, die die Öffentlichkeit bewegen oder Schlagzeilen in der Tagespresse provozieren. Im Rahmen von REFINA wird deshalb die Möglichkeit genutzt, experimentell oder analytisch neue Wege der Kommunikation und der Zielgruppenansprache zu erproben.

Neue Ausgabe der Veröffentlichungsreihe erschienen

Im neuen Band IV der Reihe REFINA wird das Thema Kommunikation nachhaltiger Flächennutzung aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Die Voraussetzungen, die bei der Entwicklung erfolgreicher Kommunikationsstrategien zum Flächensparen und zum nachhaltigen Flächenmanagement zu beachten sind, und die Möglichkeiten, die sich dafür in einzelnen REFINA-Projekten eröffnet haben, stehen ebenso im Zentrum wie die spezifischen Anforderungen an Kommunikationsprozesse mit und in den Kommunen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Information privater Haushalte über die Kosten der neuen Wohnstandorte. Vorgestellt werden darüber hinaus Möglichkeiten von Szenarioprozessen, die zu einer erfolgreichen Kommunikation nachhaltiger Flächenentwicklung beitragen können. Abgerundet wird der Band mit Beispielen zu möglichen Wegen des Wissenstransfers.

Die neue Veröffentlichung ist Teil der Publikationsreihe „Beiträge aus der REFINA-Forschung“, in deren Rahmen bereits ein Band zu Folgekosten der Siedlungsentwicklung vorliegt. Ende 2009 wird als nächste Veröffentlichung das Thema „Methoden und Konzepte zur Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement“ aufgegriffen. Die dreibändige REFINA-Veröffentlichungsreihe richtet sich in erster Linie an die interessierte Fachöffentlichkeit in den Kommunen, Regionalverbänden, Ingenieur- und Planungsbüros, aber auch an Bundes- und Landesressorts mit Bezug zu den angesprochenen Themen. Die Bände können in der Printversion bestellt oder auch als komplettes Volltext-PDF auf der Internetseite des REFINA-Projekts heruntergeladen werden.



Weitere Informationen:
Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein oder
online unter www.refina-info.de

PPP – (K)ein Modell für die Krise?



Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow
 Telefon: 030/39001-248
 E-Mail: grabow@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Knapp ein Viertel der im Rahmen einer vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführten PPP-Umfrage 2008/2009 beteiligten Kommunen und Länder gehen davon aus, dass bei ihnen in den nächsten fünf Jahren eines oder mehrere PPP-Vorhaben angestoßen und umgesetzt werden. Bei den größeren Städten ist es sogar jede zweite, die zukünftige PPP-Vorhaben ins Auge fasst. PPP-Projekte finden sich derzeit am ehesten in den Bereichen Schulen sowie Sport, Freizeit, Touristik, gefolgt von Verwaltungsbauten und Verkehrsprojekten. Diese Bereiche werden auch in Zukunft die wesentlichen Schwerpunkte bilden.

Bei einer konstanten Investitionstätigkeit wie im Jahr 2006, in Höhe von 17,5 Milliarden Euro allein bei den Kommunen, wäre ein Gesamtvolumen bei PPP-Vorhaben von etwa 8,4 Milliarden Euro denkbar. Hinzu kommen noch die Maßnahmen von Bund und Ländern mit einem PPP-Potenzial von rund 5,8 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren.

Insgesamt könnten bis zum Jahr 2014 also Maßnahmen der öffentlichen Hand im Gesamtumfang von 14,2 Milliarden Euro durch PPP-Projekte umgesetzt werden.

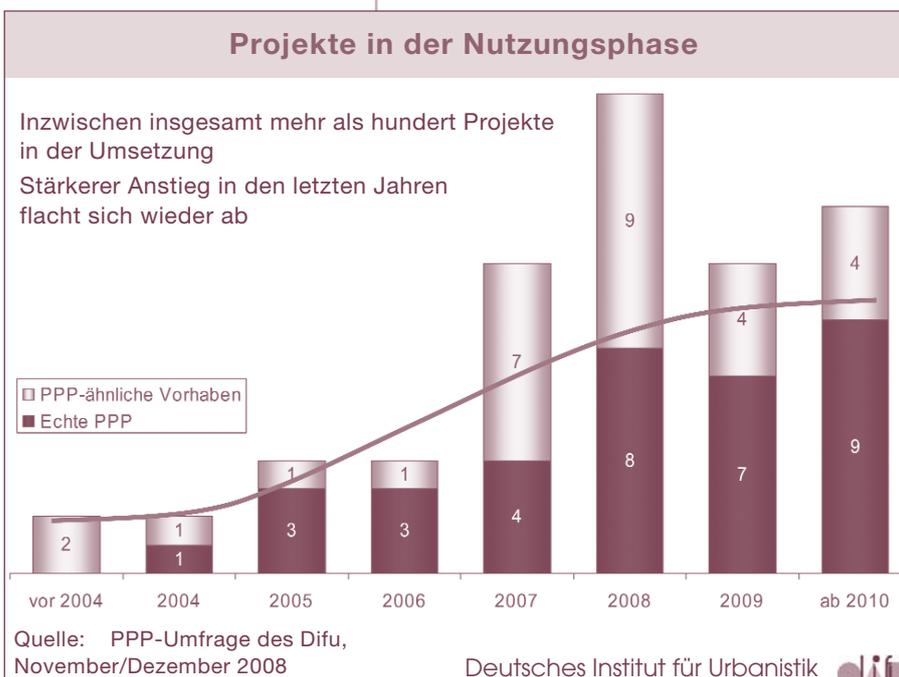
Trotz dieser beachtlichen Zahlen ist eine gewisse „Abkühlung“ des PPP-Marktes offensichtlich. Teilweise könnte diese Entwicklung auf die Finanzkrise zurückzuführen sein. Auch wenn man diese spezifische

Sondersituation berücksichtigt, ist nach den Ergebnissen der Umfrage nicht abzusehen, dass im kommunalen Bereich oder bei Bund und Ländern große Steigerungsraten bei den PPP-Investitionen gegenüber dem aktuellen Stand zu erwarten sein werden.

Doch selbst wenn die Investitionsquote noch weit von den 15 Prozent als ambitionierte Zielsetzung der Bundesregierung entfernt bleibt, darf nicht übersehen werden, dass das gewaltige Projektvolumen von insgesamt fast 15 Mrd. Euro in den nächsten fünf Jahren den engagierten Einsatz aller Beteiligten verlangt.

Voraussetzung dafür ist, dass die öffentlichen Partner weiter fit für den Einsatz von PPP gemacht werden. Dabei ist nach Einschätzung der Befragten einerseits an den rechtlichen und steuerlichen Hemmnissen anzusetzen, andererseits sind Orientierungshilfen, Beratungsangebote und Standardisierungen noch stärker als bisher bereit zu stellen. Ergänzend dazu sollte nach Meinung der Autoren eine wissenschaftlich seriöse und unabhängige Evaluation der laufenden Projekte stattfinden, deren Ergebnisse dokumentiert werden müssten. Die Beschreibung von guten Beispielen würde die Akteure für weitere Projekte motivieren und auch weniger erfolgreiche Vorhaben können den Erfahrungsschatz mit wichtigen Hinweisen bereichern.

Mit der jüngsten PPP-Studie, die in der Reihe der Difu-Impulse erscheint, wird ein neuer Überblick über den Stand und die Perspektiven von PPP-Infrastrukturprojekten in Deutschland gegeben. Nach einer ersten Befragung im Jahr 2005, ebenfalls vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt, wurde zum zweiten Mal eine breite flächendeckende Erhebung vorgenommen. Den Auftrag zur Durchführung der Studie erteilte die ehemalige PPP-Task Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Die Studie wurde zum größten Teil vom BMVBS finanziert, eine finanzielle Unterstützung erfolgte außerdem durch die Rudolf Scharping Strategie | Beratung | Kommunikation GmbH (RSBK) sowie die TellSell Consulting GmbH.



Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil

Neue Difu-Arbeitshilfe gibt Tipps zur Gesundheitsförderung in benachteiligten Stadtteilen

Dass Armut ein erhebliches Gesundheitsrisiko darstellt und sozioökonomische Parameter wie Einkommen, beruflicher Status und Bildung in engem Zusammenhang mit gesundheitlich belastenden Lebensbedingungen, Gesundheitsverhalten sowie Gesundheitszustand stehen, scheint mittlerweile sowohl in der Forschung als auch der kommunalen Praxis fast Allgemeinwissen zu sein. Menschen mit geringem Einkommen, niedriger beruflicher Stellung oder Bildung sterben in der Regel früher und leiden zudem häufiger an gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Und diese Menschen, das zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse der Programmbegleitung Soziale Stadt, leben häufig in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Im Zuge dieser Entwicklung kommt der kommunalen Gesundheitsförderung wachsende Bedeutung zu. Es stellt sich die Herausforderung, Stadtteilentwicklung und Gesundheitsförderung stärker als bislang üblich miteinander zu verknüpfen und gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung zu einem Thema in den Kommunen zu machen. Zur Förderung dieses Anliegens soll die neue Arbeitshilfe des Difu „Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil“ beitragen.

Modellhaft wird in der Arbeitshilfe dargestellt, wie Gesundheitsförderung als Teil der Stadtteilentwicklung und der Quartiersarbeit erfolgreich und qualitätsgesichert implementiert und etabliert werden kann. Die Veröffentlichung liefert somit eine Art Ideen- und Methodenkoffer mit pragmatischen Anregungen und Hilfestellungen für den Aufbau und die Weiterentwicklung einer gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung. Dafür werden Qualitätselemente sowie Gute-Praxis-Kriterien gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklung herausgearbeitet und durch Beispiele guter Praxis illustriert. Unterschieden werden hierbei strategische und thematische Handlungsfelder gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklung:

Strategische Handlungsfelder

- Stadtteilbezogene Gesundheitsberichterstattung

- Konzepte für gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung
- Partnerschaften für einen gesunden Stadtteil
- Steuerung und Koordinierung
- Finanzierung

Thematische Handlungsfelder

- Ernährung
- Bewegung und Sport
- Suchtprävention
- Gewaltprävention
- Unfallprävention
- Schwangerschaft und Elternschaft
- Wohnen und Wohnumfeld
- Umwelt
- Gesundheitshäuser

Dabei wird insbesondere bei den thematischen Handlungsfeldern eine Fokussierung auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in benachteiligten Stadtteilen vorgenommen – zum einen weil sie besonderen Risikobelastungen ausgesetzt sind und ihr Gesundheitszustand schlechter ist als der ihrer Altersgenossen in einkommens- und bildungsstärkeren Familien, zum anderen weil bei diesen Zielgruppen ein hohes Gesundheitspotenzial vorhanden ist, das aktiviert und erhalten werden sollte.

Die neue Arbeitshilfe richtet sich in erster Linie an Kommunen, Krankenkassen sowie Quartiermanager als zentrale Akteure gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklung.

Die in der Arbeitshilfe vermittelten Erkenntnisse fußen zu weiten Teilen auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung“, das vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt und im Rahmen des Regierungsprogramms „Gesundheitsforschung: Forschung für den Menschen“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde.

Die Arbeitshilfe wird gemeinsam vom Difu und dem BKK Bundesverband sowie den BKK Landesverbänden Bayern und NORD herausgegeben.

Kinder- und jugendbezogene
Gesundheitsförderung
im Stadtteil



Gesine Bär, Christa Böhme
und Bettina Reimann

Deutsches Institut für Urbanistik



Foto: Wolf Christian Strauss

Weitere Informationen:

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Kommunale Bildungspolitik

Neues Schwerpunktheft der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften



Angesichts der Bedeutung der Bildung für die individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung hat die Bildungspolitik bereits seit geraumer Zeit hohe Priorität. Die Diskussion über Bildungsreformen wird dabei auch im kommunalen Bereich intensiv geführt. In vielen Städten hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen: Während die kommunale Rolle in der Bildung lange Zeit auf die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und Ausstattung beschränkt war (sog. äußere Schulangelegenheiten), entwickeln viele Städte und Gemeinden zunehmend bildungspolitische Konzepte in Richtung einer „kommunalen Bildungspolitik“.

Der Wandel des kommunalen Aufgabenverständnisses in der Bildung erfolgt nicht nur aufgrund der Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge, sondern aus der Erkenntnis, dass ein modernes und funktionierendes Bildungswesen sowie entsprechend qualifizierte Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung für die örtliche Struktur- und Wirtschaftsentwicklung sind. Im Wettbewerb der Städte als Standorte, der durch die demografische Entwicklung noch verstärkt wird, wird die Bildung zu einem zentralen kommunalen Politikfeld. Zudem erweist sich, dass die entscheidenden Weichenstellungen für erfolgreiche Bildungsprozesse auf der kommunalen Ebene erfolgen. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe gelegt. Daher ist jede Investition in die Bildung nicht nur eine Zukunftsinvestition; sie vermeidet vielmehr auch im präventiven Sinne von den Kommunen zu tragende Folgekosten und gesellschaftliche Desintegration. Schließlich können die komplexen Problemlagen und Anforderungen in der Bildung am ehesten auf der örtlichen Ebene zukunftsorientiert bewältigt werden. Hierzu sind neue Formen der Zusammenarbeit sowohl von Ländern und Kommunen wie auch von Kommunen und anderen Trägern der Bildung wie Unternehmen, Arbeitsverwaltung usw. notwendig.

Vor diesem Hintergrund haben viele Städte ihr Engagement im Bildungswesen neu definiert. Unter dem Oberziel der Förderung von Qualitätsentwicklung und Chancengleichheit stehen mehrere Aspekte und Zielsetzungen im Vordergrund: Erstens geht es darum, die unterschiedlichen und traditio-

nell eher getrennt agierenden Bildungsbereiche zu einem Gesamtsystem von Erziehung, Bildung und Betreuung weiterzuentwickeln und hierfür stabile Organisationsstrukturen zu schaffen. Zweitens wird angestrebt, Bildungseinrichtungen stärker mit Konzepten der Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung zu verzahnen. Dies gilt insbesondere für die Schulen, die über ihre Aufgabe als Lernort hinaus wichtige sozialräumliche Funktionen im Hinblick auf Sozialisation, Integration und Kommunikation übernehmen. Umgekehrt können durch die Einbeziehung des Sozialraumes wichtige Impulse für qualitative Schulentwicklung gegeben werden.

Im Rahmen des Kongresses „Bildung in der Stadt“, den der Deutsche Städtetag 2007 in Aachen veranstaltete, wurde die „Aachener Erklärung“ verabschiedet, in der die kommunale Bildungslandschaft als Leitidee mit folgenden Kernelementen skizziert wird:

- Individuelle Potenziale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf „verloren“ gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft usw.
- Eltern/Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ gestaltet.
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.

Diesen Zielen und Konzepten tragen auch die Beiträge des neuen Themenheftes Rechnung. Sie analysieren kommunale bildungspolitische Konzepte und Initiativen aus unterschiedlichen Perspektiven. Das Spektrum der Autoren mit unterschiedlichem kommunalen Bezug liefert – trotz der für diesen Bereich ebenso wie für die verschiedenen Bundesländer geltenden Unterschiede – einen Überblick über aktuelle Entwicklungen, den Stand der bildungspolitischen Diskussion in den Städten und Gemeinden sowie notwendige weitere Entwicklungen.

Weitere Informationen:

Klaus Hebborn
Deutscher Städtetag
Beigeordneter für Bildung,
Kultur, Sport
Telefon: 0221/3771-170
E-Mail: klaus.hebborn
@staedtetag.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Fahrräder als neue Verkehrsträger im ÖPNV

Modellversuch Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme

Mit wissenschaftlicher Vorbereitung und Unterstützung durch das Wuppertal-Institut sowie das Difu startete das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einen Modellversuch zur Verknüpfung von Fahrradausleihe und Öffentlichem Nahverkehr (ÖV). Dadurch sollen der Wechsel vom Pkw zum ÖV und Radverkehr attraktiver gemacht und die Städte von CO₂-Emissionen, Schadstoffen und Lärm entlastet werden. Von Oktober 2009 bis Ende 2012 fördert das Ministerium die Umsetzung der ausgewählten Modellprojekte mit 12,7 Mio Euro. Im Rahmen der Ausschreibung wurden Kommunen gesucht, die innovative Ideen für den Aufbau eines nachhaltigen Verkehrssystems entwickelt haben, durch die im Verbund von Fahrrad und ÖV ein hochwertiges und auf andere Städte und Gemeinden übertragbares Verkehrsangebot geschaffen, ein fahrradfreundliches Klima erreicht und die Verfügbarkeit von Fahrrädern erhöht werden soll. 15 Kommunen wurden ausgezeichnet; acht von ihnen erhalten eine Förderung.

Warum Fahrradverleihsysteme?

Die 82 Millionen Einwohner Deutschlands verfügen zwar über rund 70 Millionen Fahrräder – fast jeder hat also ein eigenes Rad. Viele Räder bleiben im Alltag jedoch zu Hause, obwohl sie zwischendurch unterwegs gebraucht würden.

Preiswerte Ergänzung des ÖPNV

Kurze Taktzeiten und eine gute Flächenschließung machen den ÖV attraktiv, erfordern aber hohe Investitions- und Betriebskosten. Ein in den ÖV tariflich eingebundenes Leihradangebot kann dessen Attraktivität bei niedrigen Ausbau- und Betriebskosten erhöhen: Öffentliche Leihräder können „Lücken“ in Fahrplänen und Liniennetzen füllen, nicht erschlossene Fahrtziele einfacher erreichbar machen und somit den Linien-Haltestellenverkehr ergänzen.

Konkurrenzdenken überwinden, Synergien nutzen!

Für ÖPNV und Radverkehr gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten und manche Verkehrsbetriebe betrachten den Radverkehr als Konkurrenz. Beide können sich jedoch sinnvoll ergänzen: Radverkehr für kürzere Wege ohne vorgegebene Taktzeiten und ÖV für die Überwindung größerer Strecken. Die

Kombination von ÖV und öffentlichem Leihrad entlastet enge Kapazitäten der Fahrradmitnahme im Pendlerverkehr. So können Synergiepotenziale beider Verkehrsmittel genutzt, geeignete Kooperationsformen gefunden und neue Zuständigkeiten in Verwaltung und Betrieben erprobt werden.

Eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung anstreben

Radverkehr trägt zur Stärkung funktionsfähiger Stadtzentren und -quartiere bei und beansprucht deutlich weniger Fläche im Straßenraum als andere Verkehrsmittel. Die Mobilitätschancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen werden gestärkt, die negativen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs gesenkt und die Verkehrssicherheit sowie die Aufenthaltsqualität auf den Straßen und Plätzen in der Stadt verbessert.

Neues Lebensgefühl in den Städten stärken, Klima schonen

Die Förderung des individuell motorisierten Verkehrs hat den Radverkehr aus den Köpfen der Menschen verdrängt. Bereits die stärkere Präsenz von Fahrrädern und Radfahrern fördert die Wahrnehmung, dass Radfahren eine echte Alternative für Kurzstrecken ist. Das Fahrrad ist nicht nur Verkehrsmittel, sondern auch Symbol für ein authentisches städtisches Lebensgefühl, für eine selbstbestimmte Mobilität ohne Auto und für eine wiederentdeckte Qualität gemeinsamen Lebens in einer gesunden Stadt. Mit einer Verlagerung von 30 Prozent der innerstädtischen Kfz-Fahrten im Kurzstreckebereich bis sechs Kilometer lassen sich nach Schätzungen des Umweltbundesamtes pro Jahr rund 7,5 Mio. Tonnen CO₂ sparen.

Innovationsführerschaft für Verkehrslösungen der Zukunft ermöglichen

Verkehrslösungen aus Deutschland sind international angesehen. Das deutsche Call-a-Bike-System war Pionier und Vorbild für flächendeckende Fahrradverleihsysteme. Städte wie Paris und Barcelona, in denen vor wenigen Jahren Radfahren noch kein Thema war, haben mit der Einführung einer neuen Generation von öffentlichen Leihrädern das Radfahren neu entdeckt und ihr Stadtbild verändert. Öffentliche Fahrradverleihsysteme sind ein internationaler Markt. Mit dem Modellvorhaben ergreift die Bundesregierung die Chance zur Erprobung sozialer, organisatorischer und technischer Innovationen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Volksw. Tilman Bracher
Telefon: 030/39001-260
E-Mail: bracher@difu.de

www.nationaler-radverkehrsplan.de/eu-bund-laender/bund/modellversuch-fahrradverleihsysteme.phtml

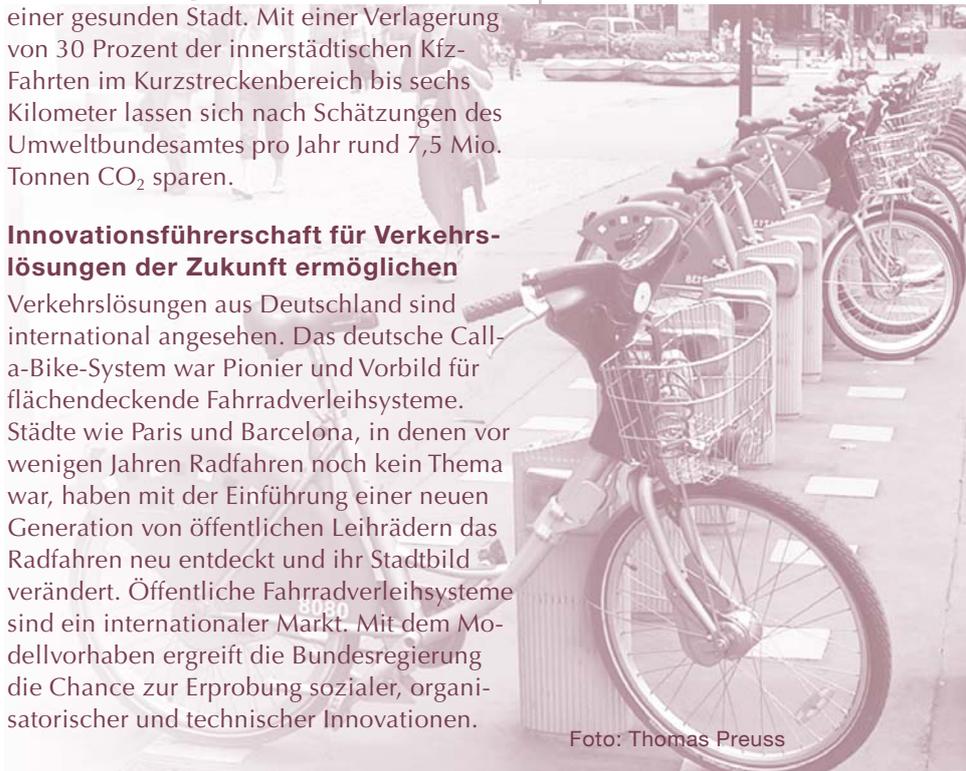


Foto: Thomas Preuss



Prof. Dr. Christian Schrapper



Prof. Dr. Christian Schrapper und Bruno Pfeifle



Klemens Senger

Kinder schützen – Familien stützen!

Ein Tagungsbericht über Kinderschutz ohne ein (neues) Kinderschutzgesetz

Am 18. und 19. Juni 2009 veranstaltete die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Difu in Berlin eine Fachtagung zum Thema Kinderschutz. 180 Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe kamen, obwohl klar war, dass bis Tagungsbeginn das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen sein würde. Was tun? Die nahe liegende Lösung war, gemeinsam eine praxisnahe Fachdebatte zu aktuell diskutierten Fragestellungen des Kinderschutzes zu führen.

Bruno Pfeifle, Leiter des Jugendamts Stuttgart, verwies in seiner Eröffnungsrede auch darauf, dass bei der Debatte über ein Kinderschutzgesetz insbesondere der „verpflichtende Hausbesuch“ fachpolitisch kontrovers diskutiert werde. Seiner Meinung nach müsse ein Hausbesuch im „Kinderschutzfall“ an fachlichen Überlegungen ausgerichtet sein und solle nicht allein aufgrund gesetzlicher Verpflichtung erfolgen.

Prof. Dr. Christian Schrapper, Universität Koblenz-Landau, referierte über „Örtliche Fallpraxis, Risikomanagement und ein Bundeskinderschutzgesetz“ und beantwortete die Abschlussfrage „Braucht die örtliche Fallpraxis ein Bundeskinderschutzgesetz?“ so:

- Ja, die örtliche Fallpraxis benötigt dringend verbindliche Orientierungsnormen für Strukturen, Arbeitsweise und Instrumente fachlicher Arbeit.
- Nein, die örtliche Fallpraxis benötigt keine Sanktionstatbestände und Institutionen entlastende Vorgaben.
- Ja, die örtliche Fallpraxis benötigt einen an den Lebens- und Teilhaberechten von Kindern orientierten Rahmen für notwendige Ausstattung/Ressourcen.
- Nein, die örtliche Fallpraxis benötigt keine Mindeststandards für Ausstattung.
- Ja, die örtliche Fallpraxis benötigt Verfahrensstandards für Qualitätsentwicklung und Wirkungskontrolle.

Es gibt vielfältige Stimmen aus Politik und Praxis, die aus ihren Sichtweisen heraus viele im Gesetz vorgesehene Aspekte befürworten und gern in einem Kinderschutzgesetz verankert sehen würden. Durch neue Fälle von Kindeswohlgefährdung und -misshandlung wird die Debatte immer wieder neu angestoßen. Solche Fälle waren auch Anlass für ein neues Forschungsprojekt des Bundes zur Unterstützung der Kommunen in diesem

– auch von der Öffentlichkeit – mit großer Aufmerksamkeit und Anteilnahme verfolgten Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. Das Projekt „Aus Fehlern lernen. Qualitätsmanagement im Kinderschutz“ bietet keine Patentrezepte an, sondern hat die feste Absicht, sich den mit dem Kinderschutz verbundenen Herausforderungen, wie z.B. der Vermeidung von Bruchstellen und strukturellen Schwächen in der Zusammenarbeit mit der konfliktbelasteten familialen Lebenswelt wie im gesamten professionsübergreifenden Hilfesystem, zu stellen und damit die Praxis handlungssicherer zu machen.

Klemens Senger, Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, hat seit 17 Jahren eine Praxis in Berlin-Neukölln mit Patienten aus allen sozialen Schichten und fast allen Ländern dieser Erde. Er ist ein Kenner der Lebenswelt von problembelasteten Familien und jemand, der gut aus eigener praktischer Erfahrung sagen kann, was Kinderärzte im Zusammenhang mit dem Kinderschutzgesetz von der Jugendhilfe erwarten. Er verwies darauf, dass Kinderärzte in erster Linie sekundäre Prävention machen, gefordert werde aber von der Politik mittels der U-Untersuchungen primäre Prävention. Hier bestünde ein Missverständnis über die Aufgaben und Arbeitsebenen der verschiedenen Professionen.

Weitere Erwartungen von Kinderärzten an die Kinder- und Jugendhilfe seien u.a.

- kostenfreie Betreuung in Kitas/Krippen,
- Frühe Hilfen zur Eskalationsvermeidung,
- straffreie Vernetzung und Kooperation mit allen Berufsgruppen (bei vagem Verdacht; bei fehlendem Einverständnis) ohne dass „man“ gleich von Juristen „bedroht“ ist,
- eindeutiger Vorrang des Kinderschutzes vor Elternrechten,
- kein Zwang zur Meldung des Verdachtetes,
- Qualifizierung beteiligter Berufsgruppen,
- sowie bessere Einbeziehung medizinischen Sachverständs.

Und ganz persönlich für die eigene Praxis erwarte er: Zu allen Zeiten vor Ort einsetzbare aufsuchende Systeme: Säuglings- und Kinderkrankenschwestern, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie die Vernetzung mit Jugendamt und Ärzten.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen verstärkt

Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Jugend- und Gesundheitsämtern

Entscheidend für die Qualitätsentwicklung von Frühen Hilfen und Kinderschutz sind aufeinander gut abgestimmte Maßnahmen im Rahmen regionaler Hilfenetze. Bislang gibt es nur wenige Informationen über vorhandene und bewährte Kooperationsformen von Gesundheitswesen und Jugendhilfe. Im Auftrag des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt das Difu daher bis April 2010 eine „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“ durch. In einer ersten Untersuchung wurden Ende 2008 alle Jugend- und Gesundheitsämter zum Begriffsverständnis Früher Hilfen, zum Stand der Aktivitäten sowie der Kooperations- und Netzwerkarbeit vor Ort befragt. 565 der 967 Angeschriebenen nahmen an der Befragung teil.

Verständnis von „Frühe Hilfen“

Frühe Hilfen werden überwiegend als früh einsetzende, sekundäre Präventionsmaßnahmen für Familien in besonderen Problemlagen sowie als primärpräventive, an alle (werdenden) Eltern gerichtete Unterstützungsangebote verstanden. Im Vordergrund steht die Stärkung der Erziehungsverantwortung.

Aktivitäten und Verantwortlichkeiten

Beim Auf- und Ausbau Früher Hilfen sind Jugend- und Gesundheitsämter sehr engagiert. Nahezu jedes befragte Amt ist im Bereich Früher Hilfen aktiv. Dies gilt vor allem für die Bereitstellung zusätzlicher Hilfeangebote für Familien in belastenden Lebenslagen sowie für die Intensivierung der Zusammenarbeit von Gesundheitswesen und Jugendhilfe. Hier wurden viele interdisziplinäre Netzwerke initiiert; viele Ämter wirken in einem Frühe-Hilfe-Netzwerk mit. Die Steuerungsverantwortung haben meist die Jugendämter – nicht zuletzt aufgrund ihres „staatlichen Wächteramtes“. Viele Ämter sehen aber auch eine gemeinsame Verantwortung von Jugendhilfe und Gesundheitswesen.

Kooperation und Vernetzung

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass sich die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf vielfältige Kooperationen mit verschiedenen Hilfeanbietern aus dem Gesundheits- und Jugendhilfebereich stützt. Dabei

variieren Bedeutung, Qualität sowie Grad der Verbindlichkeit einzelner Kooperationen erheblich. So zählen für Jugend- und Gesundheitsämter zwar bestimmte Einrichtungen aus dem Gesundheitsbereich (z.B. Kinderarztpraxen, Hebammen, Geburts- und Kinderklinken) zu den wichtigsten Kooperationspartnern. Die jeweilige Zusammenarbeit wird jedoch oft als wenig zufriedenstellend bewertet. Diese „Kluft“ zwischen der Bedeutung und der wahrgenommenen Qualität zeigt noch bestehende Schwierigkeiten in der Praxis. Es finden sich auch viele Beispiele gelungener Kooperationen. So bewerten die Jugendämter die Zusammenarbeit mit der Sozialpädagogischen Familienhilfe und mit Familienberatungsstellen als sehr zufriedenstellend. Ebenfalls positiv beurteilen Gesundheitsämter die Kooperationen mit interdisziplinären Frühförderstellen und Schwangerenberatungsstellen.

Die bestehenden Kooperationsformen und Vernetzungsstrukturen sind noch oft durch eine eher geringe Verbindlichkeit gekennzeichnet. Dabei sind gerade verlässliche Strukturen für die effektive Zusammenarbeit der Hilfepartner erforderlich. Dies belegt auch der Befund einer anhand der Befragungsdaten durchgeführten „Typisierung“ von Frühe-Hilfe-Netzwerken: Verbindlich organisierte Netzwerke erzielen danach bessere Wirkungen als unverbindliche Netzwerke – sowohl in Bezug auf die Zusammenarbeit der Netzwerkakteure und die internen Netzwerkstrukturen als auch hinsichtlich der Akzeptanz Früher Hilfen seitens der Familien.

Handlungsbedarf

Zentrale Herausforderung für die Unterstützungssysteme im Bereich Früher Hilfen ist es, die ressortübergreifende Zusammenarbeit in verbindliche Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zu überführen. Strukturierte, organisierte Netzwerke erfordern ausreichende Ressourcen. Dies ist in der kommunalen Praxis oft noch ein großes Problem, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass professionelle Netzwerkarbeit neben dem Tagesgeschäft zu leisten ist. Dies muss in die politischen Entscheidungsebenen transportiert und in der Praxis berücksichtigt werden. Die vorgestellten Ergebnisse zeigen klar, dass sich diese Investition „lohnt“.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Detlef Landua
Telefon: 030/39001-196
E-Mail: dlandua@difu.de

Dipl.-Soz. Maja Arlt
Telefon: 030/39001-195
E-Mail: arlt@difu.de

Der Ergebnisbericht steht kostenlos auf der Difu-Homepage bereit:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VNOUJ2AE>



Foto: Wolf-Christian Strauss



Dr. Maria Kurz-Adam und Dr. Siegfried Haller



Sonja Enders



Petra-Daniela Hörner



Manfred Karremann



Michael Konken

Warum versteht uns keiner?

Das Jugendamt im Spiegel der Medien

Am 23./24. April 2009 lud die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Difu Leiter von Jugendämtern und Allgemeinen Sozialen Diensten nach Berlin zur Fachtagung „Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Hilfe und Hinweise im Umgang mit Medien und Krisenmanagement“. Prof. Dr. Beckmann, Geschäftsführender Direktor des Difu, und Prof. Wiesner, Leiter der Abteilung Kinder- und Jugendhilferecht im BMFSFJ, eröffneten die Tagung und betonten, dass Medienarbeit im Aufgabenportfolio der Jugendämter bisher noch unterrepräsentiert sei und es einen großen Fortbildungsbedarf gebe. An „medialen Beispielen“, wie z.B. der Berichterstattung über Kinderschutzfälle, sei zu erkennen, dass Jugendämter in der Öffentlichkeit einer großen Erwartungshaltung gegenüberstehen.

Schlechte Presse? „Was passiert, wenn ,es‘ passiert...“

Dr. Maria Kurz-Adam, Leiterin des Jugendamtes München, sprach darüber, wie ihr Jugendamt mit der Presse kommuniziert und kooperiert, wenn es im Zusammenhang mit einem Kinderschutzfall negative Nachrichten gibt. Sie sprach über ihre Erfahrungen mit den Medien anhand eines Kinderschutzfalls in ihrem Amt und über die für sie als Amtsleiterin schwierige Balance zwischen Opferschutz und dem Schutz ihrer Mitarbeiter. Ihr Resümee lautete: „Ich glaube, wir müssen einfacher werden, damit man uns in der Öffentlichkeit besser versteht und wir uns auch selbst besser verstehen.“ Darüber hinaus sollten Kinderschutzfälle Anlass für Organisationsveränderungen sein, die dazu beitragen, die Mitarbeiter in ihrer Handlungssicherheit zu stärken, damit hoffentlich nie (wieder) gesagt werden muss: „Diese Stadt hat ein Kind verloren“.

„Sagen Sie gleich die völlige Wahrheit, dann ist das Thema morgen erledigt“

Michael Konken, Freier Journalist und Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes, sprach über „Kommunikation in kritischen Situationen“, was Medienvertreter dann von der Jugendhilfe erwarten und wie Kommunikation in der Zusammenarbeit gelingen kann. Das Jugendamt stehe mit sensiblen Themen wie z.B. Kinderschutz immer im Licht der Öffentlichkeit, da diese emotional hoch besetzt seien. Eine kritische Berichterstattung könne deshalb nie ganz verhindert werden. Umso wichtiger sei es, Journalisten schnelle, vollständige, klare, nach-

recherchierbare Auskünfte zu geben, einen zentralen Ansprechpartner für Auskünfte zu nennen und (wichtig!), sich „die Sache“ nicht aus der Hand nehmen zu lassen.

„Das ‚tote Kind‘ hat mit den höchsten Nachrichtenwert überhaupt“

Sonja Enders, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Koblenz-Landau, stellte Befunde aus einem Forschungsprojekt zur Medienrepräsentanz von Jugendämtern vor. Ergebnis war unter anderem, dass sich die Berichterstattung bei den regionalen Zeitungen während dramatischer Einzelfälle verdoppelt, wohingegen sie sich in der überregionalen Presse mindestens verfünffacht. Die Auswertung der Berichterstattung zum Fall „Kevin“ habe ergeben, dass zu den beiden Polen erstens – das Jugendamt, das nichts tut, und zweitens – das Jugendamt als Kinderklaufbehörde, jetzt drittens – das überforderte Jugendamt, kommt. Wichtig sei es, gute Öffentlichkeitsarbeit vor der Krise zu machen, damit in der Krise die Chance besteht, die Medienarbeit aktiv mit zu gestalten. Das Jugendamt kann nicht nicht öffentlich sein.

„Mit der Presse reden?“

Ich wollte es eigentlich (erst) nicht ...“

Petra Daniela Hörner, Abteilungsleiterin im Jugendamt Stuttgart, stellte die „Gestaltung amtsinterner Informationswege“ in ihrem Jugendamt vor. Ihrer Erfahrung nach sei es sehr hilfreich, den eigenen inneren Widerstand gegen Mitarbeiter der Presse abzulegen, „sie sind nicht anders als wir“, mit der Zeit entstehe dann das notwendige Vertrauen. Wenn das Alltagshandeln gut strukturiert sei, brauche es keine Extra-Regelungen im Krisenfall. Im Jugendamt Stuttgart sei allen Mitarbeitern bekannt, dass sie neben dem Amtsleiter zentrale Ansprechpartnerin für Pressefragen sei und auch Entscheidungen über die Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Medien treffe. Dies sei, besonders im Krisenfall, vor allem auch ein Schutz für die Mitarbeiter. Wichtig sei, sich weder im Alltag noch in der Krise von den Medienvertretern unter Druck setzen zu lassen und vor allem glaubwürdig in seinen Aussagen zu bleiben. Auch wenn das im Einzelfall bedeuten könne, die Presse auf eine spätere Stellungnahme zu „vertrösten“, damit vollständige Informationen an die interessierte Öffentlichkeit weitergegeben werden können.

Manfred Karremann, Dipl.-Sozialarbeiter und langjähriger Autor beim „Stern“, stellte die Frage in den Raum, woher die Konfrontation zwischen Medien und Jugendämtern kommt. Seiner Erfahrung nach wollen Jugendämter, dass das Fernseherteam kommt, wenn alles gut läuft. Aus filmischer Sicht ist es aber wichtig, dass „ein Hilfeprozess“

begleitet und dadurch erkennbar wird, warum dieser gut gelaufen ist. Es wäre erfreulich, wenn es hier eine größere Offenheit den Medien gegenüber bei den Jugendämtern geben würde, statt einer Verzögerungstaktik aus der Angst heraus, ihre Arbeit könnte kritisch dargestellt werden.

Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Europäische Städte setzen auf aktive Mobilität

Die Gesundheit der Menschen sowie Einzelhandel und Gastronomie können gleichermaßen davon profitieren, wenn Menschen häufiger zu Fuß gehen und Fahrrad fahren, statt mit dem Auto zu fahren. Dies ist der Kerngedanke des neuen Forschungsprojekts ACTIVE ACCESS, an dem das Difu mitwirkt.

Im Rahmen des Projekts ACTIVE ACCESS werden Verkehrsteilnehmer und ausgewählte Schlüsselpersonen dazu motiviert, ihr Verhalten hin zu einer umwelt- und gesundheitsbewussten Mobilität zu verändern. Von dieser Vorbildfunktion erhofft man sich folgende Verhaltensänderungen: Kinder sollen zu Fuß zur Schule gehen oder radeln und nicht mehr von den Eltern mit dem Auto gebracht werden, innerstädtische Läden und Einzelhandelsgeschäfte sollen die zu Fuß kommenden Kunden wieder schätzen lernen und Berufstätige mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen anstatt mit dem eigenen Auto, und schließlich soll das Auto auch in der Freizeit stehen bleiben.

Die Europäische Union fördert im Rahmen des Projekts Kommunikationsmaßnahmen zur Entwicklung guter Praxisbeispiele in

18 Städten aus elf Ländern, die von fünf Instituten begleitet werden. Am Projekt sind Städte und Gesundheitsinstitute beteiligt, die erreichen wollen, dass die für Radfahrer oder Fußgänger geschaffene Infrastruktur stärker akzeptiert wird, sowie Städte, in denen Entscheidungsträger und Verkehrsteilnehmer einseitig auf das Auto fixiert sind.

Im Rahmen einer parallel in den Städten Graz (Österreich), Murska Sobota (Slowenien) und Koprivnica (Kroatien) organisierten „Startsitzung“ im September wurde unter anderem darüber diskutiert, wie ein „Walking Bus“ organisiert werden kann, wo Kinder von den Eltern zu Fuß an bestimmten Stationen abgeholt und in die Schule begleitet werden, oder wie sich der Einzelhandel überzeugen lässt, zugunsten einladender Straßenräume auf Kfz-Stellplätze am Straßenrand zu verzichten.

ACTIVE ACCESS ist ein Projekt des EU-Programms STEER-IEE der Generaldirektion Transport und Verkehr, in dem Projekte gefördert werden, die einen Beitrag zur Einsparung von Energie leisten.

Internationale Planungshilfen für den Radverkehr

Um aktuelle Forschungsergebnisse, neue Handbücher und die breite Planungserfahrung aus Deutschland international zugänglich zu machen, erarbeitet das Difu englischsprachige „Bicycle Research Files“ (Arbeitsmittel). Sie erscheinen europaweit in monatlicher Folge als vierseitige Arbeitsblätter für lokale Praktiker.

In umgekehrter Richtung wird – ebenfalls als vierseitige Planungshilfen – der internationa-

le Stand von Forschung und Praxis für die kommunale Praxis in Deutschland zusammengefasst. Diese Planungshilfen in Englisch und Deutsch ergänzen in kompakter Form das umfassende Fahrradportal www.nrvp.de des Difu für den Nationalen Radverkehrsplan.

Das dreijährige Projekt wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert.

Weitere Informationen:
Dipl.-Pol. Johanna Theunissen
Telefon: 030/39001-133
E-Mail: theunissen@difu.de

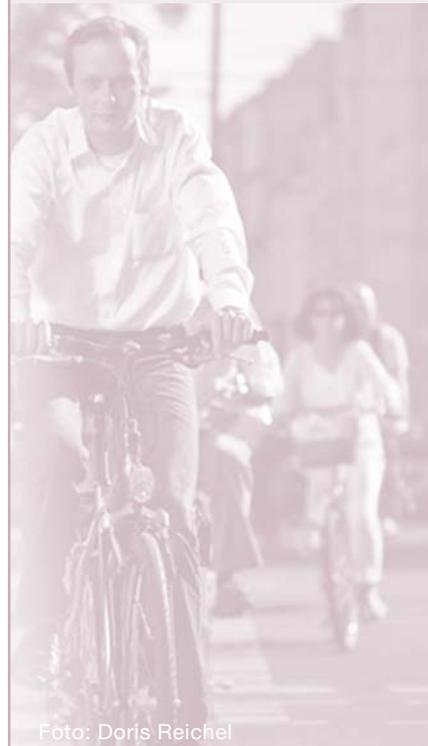


Foto: Doris Reichel

Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr.
Jörg Thiemann-Linden
Telefon: 030/39001-138
E-Mail: thiemann-linden@difu.de

Difu-Fortbildungsprogramm 2010

Neues Jahr, neue Themen, neuer Ort



Fortbildung zu kommunalen Themen ist eine der Kernaufgaben des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Sie zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass Praktiker aus unterschiedlichen Bereichen ihre Kenntnisse zur Diskussion stellen und wertvolle Impulse für den problemorientierten Erfahrungsaustausch geben. Das neue Fortbildungsprogramm informiert über alle für das Jahr 2010 geplanten Veranstaltungen des Difu. Die meist zweitägigen Veranstaltungen werden teilweise auch in Kooperation mit anderen Institutionen und in verschiedenen Städten durchgeführt.

Auch 2010 bietet das Difu eine breite, kommunalrelevante Themenpalette an. Die Veranstaltungen behandeln aktuelle Themenfelder: Stadtentwicklung/Stadtplanung und Planungsrecht, kommunale Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Im Blick sind zudem Sportpolitik, Verwaltungsmodernisierung, aber auch Themen wie Infrastrukturplanung, Sicherheit in den Städten und interkommunale Kooperation. Kommen in der Zwischenzeit Themen von besonderem Interesse für die Kommunen auf, werden jeweils zusätzliche Veranstaltungen kurzfristig als „Brennpunkt-Seminare“ aufgenommen (darüber informieren wir im Internet und über die Difu-News).

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen sind im Programmheft beschrieben und können aus dem Internet abgerufen werden. Die Einzelprogramme mit Einzelthemen und Referentenangaben werden stets im Internet veröffentlicht bzw. versandt: www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml

Der „Interkommunale Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung“ – findet im Jahr 2010 in Nürnberg statt.

Auch Veranstaltungen, die das Difu im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplanes anbietet sind im Programmheft und auf der Homepage zu finden: www.nationaler-radverkehrsplan.de

Zum Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe bietet die Arbeitsgruppe „Fachtagungen Jugendhilfe“ mehrere Veranstaltungen an. Deren Ankündigung sind unter www.fachtagungen-jugendhilfe.de zu finden.

Spielend lernen – Übergänge erfolgreich (zu) bewältigen

Fachtagung, 14.–15. Januar, Berlin

Frühe Hilfen als gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitssystem

Difu-Dialog, 10. Februar, Berlin

Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz

Fachtagung, 22.–23. Februar, Köln

Gestärkt aus der Krise? Die Konjunkturprogramme der Bundesregierung – eine Zwischenbilanz

Seminar, 24.–25. Februar, Berlin

Kommunale Gesundheitsförderung – Wo stehen die Städte heute?

Seminar, 8.–9. März, Berlin

ServiceStadt Berlin 2016: Ausgestaltung von Leistungs- und Serviceangeboten unter sich verändernden Rahmenbedingungen

Difu-Dialog, 10. März, Berlin

Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale

Seminar, 12.–13. April, Berlin

5. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Kongress, 12.–13. April, Regensburg

Nationale Stadtentwicklungspolitik

Difu-Dialog, 14. April, Berlin

Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommunalverwaltung

Seminar, 19.–20. April, Berlin

Mehr Mitverantwortung wagen – Bürgerschaftliches Engagement als Chance in der Finanzkrise?

Seminar, 21.–22. April, Berlin

Jugendliche und Stadt(teil)entwicklung: Erfolgreiche Beteiligungsansätze von jugendlichen Migranten

Seminar, 26.–27. April, Berlin

Betriebliches Gesundheitsmanagement – Mehr als nur ein Instrument zur Leistungssteigerung?

Seminar, 3.–4. Mai, Berlin

Das Gesamtprogramm 2010 zum Download:

www.difu.de/seminare/difu_fortbildungsprogramm_2010.pdf

Weitere Infos und Einzelprogramme:

www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml

Aufnahme in den E-Mail-Newsletter Difu-News:

<http://www.difu.de/newsletter/>

Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Gerd Kühn
Telefon: 030/39001-255
E-Mail: kuehn@difu.de

Veranstaltungssekretariat:

Telefon:
030/39001-258/259/148
E-Mail: fortbildung@difu.de
Telefax: 030/39001-268

Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen – Strategien, Konzepte, Instrumente

Seminar, 5.–6. Mai, Berlin

40. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

5.–7. Mai, Nürnberg

Kommunale Strategien zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung

Seminar, 17.–18. Mai, Berlin

Anders, aber wie? Kommunale Serviceleistungen im Wandel

Seminar, 18.–19. Mai, Stuttgart

Leihfahrräder als globaler Trend? „Volorution“ in Paris, Modellversuch in Deutschland

Difu-Dialog, 12. Mai, Berlin

Neue Sicherheitsanforderungen an die Städte – Probleme, Ursachen, Lösungsansätze

Seminar, 27.–28. Mai, Berlin

Stadtmarketing: Ein leistungsfähiges Instrument auch in Krisenzeiten?

Seminar, 1.–2. Juni, Berlin

Städtebaurecht aktuell: Baunutzungsverordnung zwischen Rechtssprechung und praktischen Erfordernissen

Seminar, 7.–8. Juni, Berlin

Klimaschutz und Klimawandel

Seminar, 1. Halbjahr, Düsseldorf

Kennzahlen im neuen kommunalen Haushaltsrecht: Großer Wurf oder Muster ohne Wert?

Seminar, 8.–9. September, Berlin

Gartenschauen. Trends, Strategien und Perspektiven

Seminar, 8.–9. September, Bochum

Hauptverkehrsstraßen – Im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung

Seminar, 20.–21. September, Berlin

Inklusion statt Integration: Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?

Seminar, 23.–24. September, Berlin

Die EG-Verordnung 1370/2007 in der Umsetzung – eine erste Bilanz

Seminar, 27.–28. September, Berlin

Neue Herausforderungen, keine Ressourcen – (wie) lässt sich das

Dilemma des Personalmanagements überwinden?

Seminar, 4.–5. Oktober, Berlin

Internationalisierung kommunaler Wirtschaftsförderung/Standortmarketing

Seminar, 11.–12. Oktober, Berlin

Möglichkeiten der Zwischennutzung von Flächen und Gebäuden

Seminar, 25.–26. Oktober, Berlin

Soziale Infrastrukturplanung im Wandel

Seminar, 27.–28. Oktober, Berlin

Rahmenbedingungen und aktuelle Aspekte der kommunalen Sportpolitik

Seminar, 1.–2. November, Berlin

Neue Wohnformen – Ziele und Unterstützungsmöglichkeiten der Kommunen

Seminar, 3.–4. November, Berlin

Schule im Quartier

Seminar, 9.–10. November, Berlin

Kooperation statt Konfrontation: Erfahrungen, Erfolge und Grenzen bei der Umsetzung von kooperativen Moderationsverfahren in Kommunen

Seminar, 24.–25. November, Berlin

Monitoring in der Stadtentwicklung – Stand und Potenziale

Seminar, 29.–30. November 2010 in Berlin

Interkommunale Kooperation, Shared Services und öffentlich-öffentliche Partnerschaften

Seminar, 2.–3. Dezember 2010 in Berlin

Parkraummanagement in den Städten

Seminar, 6.–7. Dezember 2010 in Berlin

Zertifizierung von Stadtquartieren

Seminar, 2. Halbjahr 2010, Termin noch offen

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Die Difu-Dialoge sind eine offene Vortrags- und Dialogreihe, in der unterschiedliche Themen vorgetragen und diskutiert werden. An Stadtentwicklungsfragen Interessierte aus Wissenschaft und Praxis stellen neue Erkenntnisse zur Debatte.

Je nach Thema setzt sich der – meist aus dem Raum Berlin-Brandenburg kommende – Kreis fachkundiger Teilnehmer aus der Bundes- und Landesebene, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, Medien sowie weiteren öffentlichen und privaten Einrichtungen unterschiedlich zusammen.

Der erste Teil der Veranstaltung dient der Präsentation des jeweiligen Themas, der zweite der offenen Diskussion. Anschließend besteht die Möglichkeit, am Stehtisch das Gespräch fortzusetzen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Gesamtprogramm 2010 im Netz:

http://www.difu.de/seminare/09_10_difu_dialoge.pdf

Weitere Informationen: Sybille Wenke-Thiem, Telefon: 030/39001-208/-209, E-Mail: presse@difu.de

Ansprechpartnertreffen 2010

Das Jahrestreffen der Difu-Ansprechpartner findet am 17. und 18. Juni 2010 in Berlin statt.

Veranstaltungsort ist der neue Difu-Standort:

Zimmerstraße 13-15

10969 Berlin

(s. S. 2-3)

Im Frühjahr werden die üblichen Informationen zu den angebotenen Workshops und weiteren Programmpunkten an die Ansprechpartner geschickt.

Die Unterlagen des Jahrestreffens 2009 in Leipzig können von Difu-Zuwanderstädten wie immer im Extranet abgerufen werden:

http://www.difu.de/extranet/vortraege/09_ansprechpartnertreffen/

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem

Telefon: 030/39001-208/-209

E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Difu aktiv

Zum Thema „Entwicklungen und Perspektiven für das Quartiersmanagement in Berlin“ referierte **Klaus J. Beckmann** am 1.7.09 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen der Festveranstaltung „10 Jahre Quartiersmanagement 1999–2009 in Berlin“. Am 9.7. moderierte Beckmann das Podium „Standort Berlin – für die Zukunft gerüstet“ im Rahmen der von der Senatverwaltung für Stadtentwicklung durchgeführten Veranstaltung „Demografiekonzept für Berlin – Wissen teilen – Potenziale nutzen – Zukunft gestalten“. Am 1.7. und 9.7. nahm Beckmann als Fachkommentator an der Standortkonferenz sowie am Workshop zur Nachfolgenutzung des Flughafens Tegel der Senatverwaltung für Stadtentwicklung teil. Vom 13. bis 16.9. leitete er in Paris die Fachexkursion des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. In deren Rahmen wurden Fachgespräche mit der Strategieabteilung von PSA Peugeot Citroen, dem Verkehrsministerium, SNCF, der Stadtverwaltung Paris, OECS und INRETS durchgeführt. Am 17. und 18.9. nahm Beckmann mit einem Einleitungsvortrag am dem 10. Aachener Kolloquium „Mobilität und Stadt“ (AMUS 2009) teil.

Christa Böhme hat am 19.6. bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Quartier ohne Management – Verstetigung beim Quartiersmanagement“ an einer Podiumsdiskussion mitgewirkt. Am 3.7. nahm Christa Böhme an einem Expertenworkshop der Bertelsmann Stiftung teil, in dem mögliche künftige Handlungsfelder und strategische Möglichkeiten für die weitere Arbeit im Programm „Gesunde Lebenswelten gestalten“ definiert wurden.

Dr. Stephanie Bock hat am 10.7. an der 1. Expertenrunde zum Forschungsgutachten „Barrierefreie Stadtquartiere“ im ExWoSt-Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ in Hamburg teilgenommen.

Tilman Bracher referierte am 9.7. in Stuttgart auf dem Symposium „Nachhaltige Mobilität – gestalten in der Krise“ des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie zum Thema „Nachhaltige Mobilität – gesellschaftlich betrachtet“. Zum „Investitionsbedarf und Erhaltungsbedarf der deutschen Kommunen im Straßenbau und im ÖPNV“ hat Tilman Bracher vor dem gemeinsamen Arbeitskreis „Straßenbaupolitik und ÖPV“

der GVKS (gemeinsame Verkehrsministerkonferenz des Bundes und der Länder) am 22.6. in Düsseldorf referiert.

Dr. Arno Bunzel hat den Fachkommissionen Baurecht und Stadtplanung des DST ein Thesenpapier zum Novellierungsbedarf der BauNVO vorgestellt, dessen Inhalte auf breite Zustimmung stießen und auch vom Bauausschuss des DST aufgegriffen wurden. Am 8.9. veranstalteten die kommunalen Spitzenverbände in NRW einen Workshop, der sich mit den Auswirkungen des im Entwurf vorliegenden Abfallwirtschaftsplan NRW – Teilplan Siedlungsabfälle befasste. Vor einem großen Kreis öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und Anlagenbetreiber sowie dem Staatssekretär des zuständigen Landesministeriums präsentierte Bunzel die Ergebnisse einer Untersuchung zu Rahmenbedingungen der Abfallwirtschaft in NRW, die das Difu im Auftrag des VKS im VKU NRW und in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden im Sommer 09 durchführte. Am 15.9. referierte Bunzel im Rahmen der 3. Transferwerkstatt der Bundestransferstelle Stadtumbau West in Fulda zum Thema „Wichtige rechtliche Aspekte des Stadtumbaus“.

Werner Heinz hielt am 30.6. in Offenbach auf dem von der Wirtschaftsförderung der Stadt veranstalteten Symposium „Neuordnung der regionalen Zusammenarbeit im Rhein-Main-Gebiet“ einen Vortrag zu „Regionalentwicklung international – Trends und Perspektiven regionaler Zusammenarbeit“.

Detlef Landua hielt am 10.7. in Berlin im Rahmen einer Sitzung der AG Methodik des VDSt ein Eröffnungsreferat zum Thema „Praxisorientierte Fragen bei der Anwendung disproportionaler Auswahlverfahren“.

Jens Libbe referierte am 18.6. im Rahmen der von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) durchgeführten 15. Internationalen Sommerakademie in Ostritz-St. Marienthal zum Thema „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“.

Vera Lorke stellte die Richtlinie zur „Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative des

BMU“ sowie die zentralen Aufgaben der „Servicestelle Kommunaler Klimaschutz“ sowohl im Forum „Fördergelder für Kommunen“ auf der vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag in Kooperation mit dem Städteverband Schleswig-Holstein und dem DStGB am 8.9. in Rendsburg-durchgeführten Fachkonferenz „Klimaschutz und Energieeffizienz in Kommunen“ als auch auf dem von der Bremer Energie-Konsens GmbH am 10.9. veranstalteten 2. Bremer Symposium „Energie-Contracting in der Metropolregion Bremen-Oldenburg – Energieeffizienz und kommunale Klimaschutzkonzepte für öffentliche Liegenschaften“ vor.

Dr. Bettina Reimann hat am 15.6. an einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ zum Thema „Gesplante Städte? Segregation in der

Stadt“ an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Soziale Stadt – wie weiter?“ mitgewirkt.

Christian Strauss referierte am 4.6. auf Einladung des Baltisch-Deutschen Hochschulkontors und des DAAD an der TU Riga im Rahmen der „Vortragsreihe zur Stadtentwicklung“ vor Vertretern lettischer Ministerien, der Kommunalverwaltung Rigas, sowie universitärer Einrichtungen zum Thema „Leipzig Charta – Die Herausforderung der Integrierten Stadtentwicklung“.

Dr. Angela Uttke hielt am 3.9. in Helsinki/ Finnland auf der INTERNATIONAL CONFERENCE ON ARCHITECTURE AND DESIGN EDUCATION „Creating the Future“ einen Vortrag zu Projekten mit Jugendlichen im öffentlichen Raum „Youth Creating their Own Environment“.

Difu-intern

Abschied und Neubeginn

Mit **Werner Heinz**, dem langjährigen Koordinator der Kölner Abteilung des Difu, hat Ende August 2009 ein sehr vielseitiger Wissenschaftler und zugleich eine kritische Stimme der Stadtentwicklung das Institut verlassen. Der diplomierte Stadtplaner und promovierte Sozialwissenschaftler bearbeitete ein breites Themenspektrum: von Bewohner-Selbsthilfe, wohnungspolitischen Strategien, kommunalen Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit bis zu öffentlich-privaten Kooperationsansätzen, Formen stadtreregionaler Kooperation und dem Umbruch deutscher Städte im Kontext der aktuellen Globalisierung.

Werner Heinz widmete sich diesen Themen in vielen umfangreichen Studien, deren Ergebnisse in der Fachwelt – auch im Rahmen von Vorträgen und Veröffentlichungen im In- und Ausland – auf großes Interesse stießen.

Im Zentrum seiner Arbeiten stand allerdings die Stadtentwicklung(-politik). Die sich hier vollziehenden Entwicklungen verstand er nie als Sachgesetzmäßigkeiten, sondern stets als Ergebnis der Aktivitäten öffentlicher wie privater Akteure und ihrer spezifischen Interessen. Sein kritisch-analytischer Blickwinkel wurde in stadtentwicklungspolitischen Gremien des Deutschen Städtetages und internationalen Organisationen wie INTA, EURA oder EUROCITIES geschätzt.

Für die starke internationale Orientierung seiner Arbeiten stehen Projekte im Auftrag von Organisationen wie German Marshall Fund, OECD oder GTZ, multinationale Kooperationsvorhaben unter Einbeziehung ausländischer Wissenschaftler. Angesichts zunehmend ähnlicher werdender Herausforderungen und Problemlagen sollte der Erfahrungsaustausch mit den Städten anderer Länder verstärkt dem wechselseitigen Transfer politisch-konzeptioneller Anregungen und Lösungsansätze dienen.

Internationales wird auch in der Zukunft von Werner Heinz eine Rolle spielen: Nun steht die private Erkundung noch unbekannter Regionen und Ziele auf dem Programm. Für die Realisierung dieser Absichten wünschen wir ihm alles Gute.

Ende August 2009 hat **Gesine Bär** nach drei Jahren Zugehörigkeit das Difu verlassen. Gesine Bär gehörte dem Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales an und war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung“, das für eine dreijährige Laufzeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde. Das Difu verliert mit Gesine Bär eine engagierte und kompetente Mitarbeiterin, die wesentlich zum erfolgreichen Verlauf des Projekts und dem Austausch mit externen



Dr. phil., Dipl.-Ing. Werner Heinz



Gesine Bär

Projektpartnern beigetragen hat. Gesine Bär wird künftig für Gesundheit Berlin-Brandenburg die Weiterentwicklung des bundesweiten Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“, an dem auch das Difu beteiligt ist, betreiben. Die Difu-Mitarbeiter wünschen Gesine Bär für ihren künftigen Weg weiterhin alles Gute.

Seit August 2009 arbeitet **Ulrike Schillemeit** als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Mobilität und Infrastruktur“, im Team der Fahrradakademie. Sie ist beteiligt an der Entwicklung und Durchführung der Seminare zur StVO-Novelle. Die bisherigen Tätigkeitsschwerpunkte der Volljuristin sind das Planungs-, Umwelt- und Naturschutzrecht. Von 1995 bis 1999 wirkte sie als Stadträtin und Planungsausschussmitglied in der Stadt Bonn an der dortigen Radverkehrsförderung mit.

Seit September 2009 unterstützt **Jörg Thiemann-Linden** die Projektarbeit im Difu. Der Diplom-Geograf ist Stadt- und Verkehrsplaner mit einem breiten Erfahrungshintergrund aus der Praxis als freier Planer, in Planungsbüros und in der Kommunalverwaltung als Verkehrsplaner in Köln und Halle. Seine Themenschwerpunkte sind Verkehrsentwicklungsplanung, Stadtentwicklung, Straßenraum (Shared Space, Barrierefreiheit), Radverkehr und ÖPNV. Thiemann-Linden ist bereits mehrfach als Referent der Fahrradakademie aktiv gewesen. Er wird an der Transferstelle Radverkehr International und im EU-Projekt ACTIVE ACCESS mitarbeiten. Er war in mehreren Organisationen zu den Themen Verkehr und Umwelt ehrenamtlich tätig und ist derzeit Sprecher des Forums Mensch und Verkehr in der Vereinigung für Stadt-, Regional- & Landesplanung e.V.

Die Kommunikationswissenschaftlerin **Ulrike Vorwerk** arbeitet seit März 2009 im Team des Bereichs Umwelt in Köln. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin ist sie in der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ unter anderem für die Beratung der Kommunen und die Öffentlichkeitsarbeit zum Förderprogramm „Kommunaler Klimaschutz“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zuständig. Ulrike Vorwerk studierte die Fächer Kommunikationswissenschaft, Soziologie und Psychologie an der RWTH Aachen sowie für ein Semester an der Universidad de Cádiz (Spanien) und beendete ihr Studium im März 2008. Praktische Erfahrungen hat sie sowohl im Bereich Öffentlichkeitsarbeit als auch im Umweltschutz gesammelt.



Ulrike Schillemeit



Jörg Thiemann-Linden



Ulrike Vorwerk

Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Seminarberichte, Vorträge, Online-Publikationen

Difu-Newsletter „Berichte“ 3/09

Gesamtes Heft als PDF: www.difu.de/archiv/Ber-09-3.pdf. HTML-Format: www.difu.de/publikationen/difu-berichte/3_09/

Seminardoku: PPP-Infrastrukturprojekte

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09ppp-infrastrukturprojekte/

Vortrag: Die Städte von morgen – neue Anforderungen im ÖPNV !?

www.difu.de/extranet/vortraege/09_beckmann_oepnv.pdf

Vortrag: Lebensmitteleinzelhandel und Stadtgestaltung

www.difu.de/extranet/vortraege/09_uttke_lebensmittelhandel.pdf

Vortrag: SuperMarkt – Versorger, Alltagsort und Anker für Ortszentren und Quartiere

www.difu.de/extranet/vortraege/09_uttke_supermarkt.pdf

Vortrag: Perspektiven und Stand der Friedhofsentwicklung in Deutschland

www.difu.de/extranet/vortraege/09_uttke_friedhofsentwicklung.pdf

Vortrag: Old and Emerging Urban + Centers – Local food markets as today's anchors in urban centers

www.difu.de/extranet/vortraege/09_uttke_urban_centers.pdf

Vortrag: Kommunale Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen: Wettbewerbsergebnisse im Überblick

www.difu.de/extranet/vortraege/09-boehme-suchtpraevention.pdf

Vortrag: Was können wir von unseren Nachbarn lernen?

www.difu.de/extranet/vortraege/09-bracher-exkursion-kopenhagen.pdf

Veröffentlichung: Jahresbericht 2008 des Deutschen Instituts für Urbanistik

www.difu.de/archiv/Jab-08.pdf

Seminardoku: Gender Mainstreaming – Wo stehen die Städte und Gemeinden?

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09gender/

Seminardoku: Städtebaurecht aktuell: Klimaschutz und Immissionsschutz im Städtebau

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09staedtebaurecht/

Seminardoku: Kommunale Wirtschaftsförderung – Bilanz 2009 und Perspektiven

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09wirtschaftsfoerderung/

Vortrag: Investitions- und Erhaltungsbedarf der deutschen Kommunen im Straßenbau und im ÖPNV

www.difu.de/extranet/vortraege/09-bracher-gvks.pdf

Seminardoku: Politische Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09entscheidungsprozesse/

Seminardoku: Qualitätsmanagement – Strategischer Erfolgsfaktor einer leistungsstarken Verwaltung

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09qualitaetsmanagement/

Seminardoku: PPP-Infrastrukturprojekte – Chancen und Risiken im kritischen Vergleich

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09ppp-infrastrukturprojekte/

Veröffentlichung: 4. Bundeswettbewerb Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention

www.kommunale-suchtpraevention.de/files/2008/dokumente/dokumentation.pdf

Vortrag: Aachener Kolloquium Mobilität und Stadt – Ziele, Bilanzen (und provokante Perspektiven)

www.difu.de/extranet/vortraege/09_beckmann_amus.pdf

Vortrag: Leipzig Charta. Die Herausforderung der Integrierten Stadtentwicklung

www.difu.de/extranet/vortraege/09_strauss_leipzig_charta.pdf

Veröffentlichung: Jubiläumskongress 10 Jahre Soziale Stadt

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=8C2Y5MEL>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

www.difu.de/extranet/.
Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben.
Weitere Informationen zum Verfahren www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml

Links, die ins Extranet führen, sind ausschließlich für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwender frei zugänglich: www.difu.de/zuwender/Welcome.shtml

Mediennachlese

[...] Grundlage für die neuerlichen Forderungen der Bauwirtschaft ist eine Ausarbeitung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), das einen kommunalen Investitionsbedarf bis 2020 von mehr als 700 Milliarden Euro errechnet hat. Die baulichen Missstände bei Krankenhäusern, Altenpflegeeinrichtungen, Bädern und anderen öffentlichen Gebäuden müssten beseitigt werden, bevor die Substanz größeren Schaden nehme und die Instandsetzungskosten progressiv zunähmen. [...] **FAZ, 9.10.09**

[...] Generell ist in Deutschland sei einigen Jahren bereits eine Renaissance des innenstadtnahen Wohnens zu beobachten. Viele Menschen möchten wieder zentral inmitten der Städte wohnen, wie etwa eine Studie des Instiuts für Urbanistik zeigt. [...] **Börsen-Zeitung, 3.10.09**

[...] Das Center darf nicht so groß sein, dass der Branchenmix alle Sortimente abbilden kann. Vielmehr müssen Lücken im vorhandenen Besatz der Umgebung geschlossen werden und damit die Gesamtkompetenz der City gestärkt werden. So kommt es zu einem Austausch der Besucher zwischen Innenstadt und Center. Hierbei spielt auch die Integration eine Rolle. Kürzlich hat das Deutsche Institut für Urbanistik in einer umfassenden Studie zur Auswirkung von Einkaufszentren festgestellt, dass die Einbindung eine sehr wichtige Rolle spielt. Schließlich eröffnet ein neues Center oftmals erst die Möglichkeit, neue Anbieter in eine Stadt zu holen, da geeignete Flächen für moderne Formate bis dahin nicht verfügbar waren. [...] **Immobilien Zeitung, 1.10.09**

[...] „Die Siedlungsdichte nimmt frapierend ab“, betonte Stephanie Bock vom Deutschen Institut für Urbanistik. Grund für die Zersiedlung sei das Wohlstandsphänomen wie auch die Verkleinerung der Haushalte, die immer noch in großen Wohneinheiten lebten. Die Folgen seien der Verlust an „grüner Wiese“, deutlich weitere Wege und damit extrem hohe Infrastrukturkosten für zersiedelte Gebiete, sagte Bock etwa mit Blick auf die Abwasserkanallängen auf dem Land. Als Bundesmaßnahme gegen die Fragmentierung stellte Bock etwa die Flächenkreislaufwirtschaft vor: „Hier geht es um Zwischennutzung, Wiedereinbringen oder das Renaturieren brachliegender Flächen.“ [...] **Main Post, 1.10.2009**

[...] Seit 1999 unterstützt das bundesweite Projekt „Soziale Stadt“ Kommunen, städtebauliche und soziale Probleme anzugehen. Im Mittelpunkt stehen bauliche Veränderungen, die durch soziale Begleitprogramme ergänzt werden sollen. „In fast jeder größeren Stadt gibt es Problemgebiete“, sagt Christa Böhme vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Bayern ist hier keine Ausnahme. Gefördert wurden bisher Projekte in kleinen Kommunen ebenso wie in Großstädten wie Nürnberg oder München. [...] „Der Quartiermanager ist ein Kernelement der Sozialen Stadt. In circa 95 Prozent der Projekte gibt es diese Position“, erläutert Christa Böhme von der Bundestransferstelle. Ihre Aufgabe ist es, die Fäden zusammenzuhalten, zu koordinieren oder zu moderieren. Viele Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften wissen deren Arbeit mittlerweile zu schätzen und übernehmen auch dann die Kosten, wenn die Förderung „Soziale Stadt“ ausläuft. Das Projekt Soziale Stadt soll bundesweit weitergeführt werden. Im Bundeshaushalt wurden 2009 insgesamt 105 Millionen Euro bewilligt. Mittlerweile werde das Programm von allen Parteien mitgetragen, schließlich sei das Geld gut investiert, meint Daniel Kaus vom Bayerischen Staatsministerium des Innern. „Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung setzt jeder Euro, der in die Städtebauförderung fließt, weiter acht Euro an Folgeinvestitionen frei“, erklärt Kaus. [...] **Süddeutsche Zeitung, 30.9.09**

Events real and virtual. What future can event venues look forward to? Will excess capacities lead to centres being closed one after the other? Thomas May and Frank Baake from management consultants Symbios in Karlsruhe discussed this subject at the conference by the German Institute of Urban Affairs in Berlin entitled „Events venues in an environment of sustainability and demographic change“. Given 1,500 event centres in need of subsidisation in Germany, with average occupancy barely brushing the 44% mark, it is legitimate to ask whether excess capacity has not long since begun to crystallise. At the same time, venues are under threat from another direction as virtuality plays a growing part in peoples's lives. [...] **m + a report, 2009/6**

[...] Der Rat der Forscher an die Stadtväter lautete daher eindeutig: Besser den historischen Ortskern sanieren und den lokalen Jugendklub unterstützen, als das nächste



Waldstück für billigen Baugrund opfern.[...] Lieber gezielt abreißen und die Infrastruktur frühzeitig an die demografische Entwicklung anpassen, als später in einer Geisterstadt wohnen – ein Ansatz, der von Wissenschaftlern gestützt wird. „Abwanderung hat einen Multiplikator-Effekt“, beschreibt das Gregor Jekel vom Deutschen Institut für Urbanistik. Wenn Teile der Bevölkerung eine Stadt verlassen, dann wird die Stadt allein dadurch unattraktiver. Das bewegt dann wiederum auch andere dazu, ihren Wohnsitz zu wechseln. Jekel empfiehlt eine andere, der ökonomischen Theorie wohlbekanntere Strategie: Substitution. „Der Zuzug von älteren Menschen kann für viele Städte eine Chance sein.“ Denn bevor die zehn Millionen Demografieopfer sterben, werden sie erst mal altern und können währenddessen die kommunalen Finanzen aufpäppeln und das kleinstädtische Kulturleben in Gang halten. [...] **Wirtschaftswoche, 17.8.2009**

[...] Inwiefern kommunale Verwaltungen die Qualität ihrer Dienstleistungen demografischen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen anpassen können, hat eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) untersucht. Wie das Difu mitteilt, wurde dazu gemeinsam mit den Senats- und Bezirksverwaltungen der Stadt Berlin eine neue Methode zur Strukturierung öffentlicher Serviceangebote entwickelt. Diese wurden nicht wie bislang üblich nach Politikfeldern oder Verwaltungsbereichen unterschieden, sondern zu bestimmten Servicetypen zusammengefasst. [...] Nach Angaben des Difu enthält die Studie zu ServiceStadt Berlin 2016 auch eine Anleitung, wie sich die Schlussfolgerungen in konkretes Handeln umwandeln lassen. Viele Aussagen seien unabhängig von den Ausgangsbedingungen in der Bundeshauptstadt und demnach auch auf andere Kommunen übertragbar. [...]. **Kommune21, 17.8.2009**

[...] Ein Fest kann ein bloßer Event sein oder in einer Stadt Identität stiften. Wie sehen und bewerten Stadtforscher dieses Phänomen? Busso Grabow ist Experte für Stadtmarketing beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin. Ihm zufolge ist die „Eventisierung von Stadt“, wie sie sich auch in der zunehmenden Zahl von Stadtfesten äußere, an und für sich weder positiv noch negativ zu werten. Die praxisbezogene Wissenschaft nehme eine relativ klare Position dazu ein. Gelingen es, „durch solche Events Aufmerksamkeit auf die Stadt zu lenken und teilweise auch die Identität der Bürger und Unternehmen mit der Stadt zu steigern“, sei dies gut. Ziel müsse sein, so Grabow, „die

originäre Geschichte des Ortes und der Region erlebbar zu machen und historisch zu thematisieren“. Auf der anderen Seite seien aber viele Stadtfeste austauschbar und stellen keine eigene unverwechselbare Marke dar. Sie machten die Stadt vielmehr zu einer Erlebnis- und Essmeile. Doch wie lässt sich das identitätsstiftende Fest vom beliebigen Event unterscheiden? Ein Kriterium dafür ist Grabow zufolge, ob sich Bürgerschaft und Unternehmen aktiv an der Gestaltung beteiligen. [...] **Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 24.07.2009**

Deutschland wird immer weiter zugebaut. Jeden Tag verschwinden 116 Hektar Boden unter Beton – das entspricht der Fläche von fast 150 Fußballfeldern. Besonders die südlichen und südwestlichen Bundesländer sind davon betroffen. [...] Sollte man in den Ratshäusern nicht reagieren, zeigte Thomas Preuß, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin: „Mit einem stärkeren Flächenverbrauch verbunden ist auch der Verlust landwirtschaftlicher Flächen für die Nahrungsmittelproduktion und für regenerative Energien – mit gravierenden ökonomischen Folgen.“ Weitere negative Begleiterscheinungen seien die Zerschneidung der Landschaft, der Verlust von Biotopen, Arten und Versickerungsflächen. „Und das führt wiederum zu einer Beeinträchtigung des Kleinklimas in der Region“, ergänzt der Difu-Wissenschaftler. Doch nicht nur die Umwelt, auch der soziale Sektor leidet nach Ansicht des Forschers unter dem massiven Flächenverbrauch. **Bayerische Staatszeitung, 10.7.2009**

Spontan ein Fahrrad parat zu haben, nur für eine halbe Stunde – das wäre großartig. [...] Viele Deutsche haben dafür eine Lösung gefunden: Mietfahrräder. [...] Damit es bald mehr davon gibt, wird das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung innovative Modellversuche mit Leihfahrrädern in den kommenden Jahren mit zehn Millionen Euro unterstützen. [...] „Sehr viele Menschen ziehen derzeit zurück in die Stadt“, sagt Tilman Bracher, der beim Deutschen Institut für Urbanistik den Wettbewerb betreut – „und damit wächst die Bereitschaft, den Raum anders zu nutzen als ihn mit Autos zuzuparken.“ Dass die Leihsysteme funktionieren, zeigen Metropolen im Ausland: „Seit es [...] in Barcelona und Paris Mietfahrräder gibt, haben sich diese Städte deutlich verändert“, sagt Bracher, „sie sind viel ruhiger und kommunikativer geworden. Ein neues Stadtverständnis ist entstanden.“ Kurz: Je mehr Räder, desto weniger Staus. **SPIEGEL ONLINE, 9.7.09**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) GmbH
Postfach 120321, 10593 Berlin
ab 2010: Zimmerstraße 13-15,
10969 Berlin

Redaktion

Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichteverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 35

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P & R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt**

Von Gregor Jekel, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Hasso Brühl und Claus-Peter Echter
2009. Bd. 8. 352 S., zahlr. Abb., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

__ Expl. Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren

Von Rolf Junker, Gerd Kühn, Christina Nitz und Holger Pump-Uhlmann
2008. Bd. 7. 232 S., zahlreiche farbige Abb., Tab., Übers., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-461-8

__ Expl. Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung

Von Werner Heinz
2008. Bd. 6. 356 S., 38,- Euro, ISBN 978-3-88118-456-4

Difu-Impulse**__ Expl. Planspiel Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München**

Von Ludwig Korte und Michael Lehmbrock
Bd. 5/2009. 72 Seiten, Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-473-1

__ Expl. Klimaschutz im Stadtverkehr: 40 Prozent weniger CO₂ – (k)ein Problem?

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr“ 20./21.11.2008 in Dessau
Hrsg. von Tilman Bracher
Bd. 4/2009. 144 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-470-0

__ Expl. SeviceStadt Berlin 2016

Anforderungen an die künftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen
Von Busso Grabow, Rüdiger Knipp und Stefan Schneider
Bd. 3/2009. 212 S., zahlreiche, teils vierfarbige Abb., Schutzgebühr 23,- Euro, ISBN 978-3-88118-469-4

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadteil**

Von Gesine Bär, Christa Böhme und Bettina Reimann
2009. 232 Seiten, durchgängig vierfarbig, Schutzgebühr 33,- Euro, ISBN 978-3-88118-471-7

__ Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

3., vollständig neu bearbeitete und erheblich erweiterte Auflage
Von Martin Zilkens
2009. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, Schutzgebühr 28,- Euro, ISBN 978-3-88118-468-7

__ Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

Von A. Bunzel, H. Janning, S. Kruse und G. Kühn
2009. 260 S., teilw. farbig, Schutzgebühr 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-462-5

Sonderveröffentlichung**__ Expl. PPP-Projekte in Deutschland 2009**

Erfahrungen, Verbreitung, Perspektiven. Ergebnisbericht
Von Busso Grabow und Stefan Schneider
2009. Ca. 50 S., zahlreiche farbige Grafiken, Schutzgebühr ca. 10,- Euro
ISBN 978-3-88118-478-6

__ Expl. Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren

Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA
Hrsg. von Stephanie Bock, Ajo Hinzen und Jens Libbe
2009. Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA, Band IV, 220 S., kostenlos, ISBN 978-3-88118-445-8

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe**__ Expl. Vom Willkommensbesuch zum verpflichtenden Hausbesuch. Veränderte Auftragslage für die Jugendhilfe (durch das Kinderschutzgesetz)?**

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 73, Berlin 2009, 132 Seiten, 17,- Euro, ISBN 978-3-931418-80-9

__ Expl. Das Jugendamt im Spiegel der Medien.

Hilfen und Hinweise im Umgang mit Medien/Krisenmanagement. Fachtagung, Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 72, Berlin 2009, 134 Seiten, 17,- Euro, ISBN 978-3-931418-79-3

Zeitschriften**__ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft 1/2009. Kommunale Bildungspolitik
Ca. 130 S., ISBN 978-3-88118-476-2
Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro